

Engagement leben

Menschlichkeit pflegen

Perspektiven wechseln

Einladung Plenumssitzung

Donnerstag, 08.02.2024

19:00 – 21:00 Uhr

Ort: Paulinenpark, EG
Seidenstraße 35, 70174 Stuttgart-West

Haupttagesordnungspunkt:
Antisemitismus und Muslimfeindschaft
Impuls von und Diskussion mit

Herrn Dr. Hussein Hamdan, Islamwissenschaftler Tübingen

Ein Forum der
Stuttgarter Flüchtlingsfreunde
Arbeitskreis der Stadtteilinitiativen



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
herzliche Einladung zum Februar-Plenum am Donnerstag, 8.2.2024 um 19 Uhr.

Als Hauptreferent wird Herr Hussein Hamdan dabei sein.

Manche kennen ihn von einem Plenum im Jahr 2017. Er war lange Zeit Islamberater in Baden-Württemberg, z.B. wenn eine Moschee in einer Kommune gebaut werden sollte und es Konflikte gab. Oder er half mit seinem Fachwissen vor Ort verschiedene muslimische Akteure und die Kommunen ins Gespräch zu bringen und nach gemeinsamen Wegen zu suchen.

Er hat uns damals von dieser Arbeit berichtet und uns auch Einblicke in die muslimischen Gruppen und Moscheen in Stuttgart gegeben und wie er diese oder jene Gruppierung, zu der auch manche der von uns begleitenden Schutzsuchenden gehen oder sich eben gerade nicht von diesen repräsentiert fühlen, obwohl diese es behaupten.

Dabei traut er sich auch immer wieder auf für die Demokratie gefährliche fundamentalistische Akteure in muslimischen oder islamitischen Kreisen oder muslimischen Antisemitismus hinzuweisen. Ebenso sieht er antimuslimischen Rassismus in Deutschland und versucht dafür die Augen zu öffnen.

Er hat sich durch seine Arbeit bei vielen Akteuren auf verschiedenen Seiten Respekt erarbeitet.

Inzwischen hat er ein Buch über die Arbeit der letzten Jahre herausgegeben. Es lohnt sich, es zu lesen. Im Heft finden Sie auf Seite 8 einen Hinweis darauf.

Seine Arbeit hat die letzten Jahre Früchte getragen, an vielen Orten in Baden-Württemberg. Kontakte, Gesprächsforen sind entstanden, Brücken wurden gebaut, Auseinandersetzungen moderiert und ein gewisses Vertrauen ist gewachsen, um in zum Teil spannungsvollen Verhältnissen miteinander Schritte nach vorne in eine gemeinsam gestaltete Zukunft zu gehen.

Seit dem 7. Oktober 2024 scheint vieles vom Erreichten und der Vertrauensarbeit auch in Deutschland wieder verloren zu gehen.

Nicht nur die vorsichtigen Annäherungen zwischen einigen muslimischen Staaten und Israel zerstörten die Hamas, IS, Hisbollah und der Iran am 7. und 8. Oktober ganz bewusst so grausam wie möglich, weil sie ihre Felle davon schwimmen sahen und weil es nicht sein darf, dass Juden und Muslime irgendwie miteinander Kompromisse suchen und gegenseitig sich das Lebensrecht zugestehen. Sie beschädigten im Vorbeigehen mit ihrem Pogrom auch viele der zarten Pflänzchen von jüdisch-muslimischen und muslimisch-christlichen Gesprächsforen und das dort keimende Vertrauen, ebenso wie Dialoge an mancherlei Orten auf der Welt.

Um so wichtiger dürfte es sein, dass wir in unserem Umfeld im Gespräch mit muslimischen und jüdischen Bürgern bleiben, hören, wie sie diese Tage erleben und umgekehrt auch wir in unserer Verschiedenheit zu Wort kommen, und uns nicht gegeneinander aufhetzen und voneinander abschneiden lassen.

Herr Hamdan selbst schreibt als Ankündigung für das Plenum des Ak Asyl Stuttgart:

„Die schrecklichen Ereignisse im Nahen Osten haben auch Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland. Jüdinnen und Juden beklagen eine neue Welle antisemitischer Vorfälle. Politik und Medien sprechen über „importierten Antisemitismus“ und bringen diesen mit dem Islam und Musliminnen und Muslimen in Zusammenhang. Diese wiederum beklagen pauschale Verurteilungen und machen auf Muslimfeindschaft aufmerksam, die in unserer Gesellschaft weit verbreitet ist. Gerade in solchen schwierigen Zeiten braucht es einen ehrlichen Dialog auf verschiedenen Ebenen. Wie dieser gelingen kann, stellt uns alle vor große Herausforderungen.“

Ich bin sehr gespannt auf den Abend und hoffe, dass auch die vielen verschiedenen Artikel in diesem Heft Ihr Interesse finden.

Es grüßt Sie herzlich
Joachim Schlecht, Asylpfarramt Stuttgart

Inhalt

Editorial	1
Einladung zur Plenumsitzung des AK ASYL STUTTGART	3
Protokoll zum Plenum vom 11.01.2024	4
Infomaterial zu den Themen Antisemitismus	5
Islamberater Hussein Hamdan – Vermittlung zwischen allen Stühlen?	6
Insgesamt reden wir falsch über das Thema“	7
Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!	8
EMS verurteilt Raketeneinschlag in Ahli Arab Hospital	9
Stellungnahme und Gebet des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg (ejw) zur Lage in Israel 11.10.2023:	10
Solidarität mit Israel – gegen Israelhass und Antisemitismus	12
Nahost-Konflikt: „Es gibt keine Alternative zum Frieden“	13
Weltgebetstag der Frauen 2024 zu Palästina	15
„Ein Muslim kann kein Antisemit sein.“	16
Interreligiöser Dialog	17
Gesprächsforum zu den Auswirkungen des Israel-Palästina-Konflikts im Stuttgarter Rathaus	18
„Der Beitrag des Islam zu einem Weltethos“	19
Gemeinsame Erklärung zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)	22
Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis:	22
Tipps zum Schauen und Lesen.....	23
Film: Green Border: „Die EU wird sich entscheiden müssen“.....	23
Film: Mein Herz tanzt.....	25
Studie: Religionsmonitor Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt	25
Aktuelle Zahlen zu Asylanträgen 2023	26

Stuttgart, 29.01.2024

Zitat:

Meine Religion ist Liebe. Jedes Herz ist mein Tempel.

Rumi. Sufi-Mystiker aus Afghanistan und einer der wichtigsten persischen Dichter des Mittelalters.

Einladung zur Plenumsitzung des AK ASYL STUTTGART

Wann?	Donnerstag, 08.02.2024, 19:00 – 21:00 Uhr
Wo?	Saal EG Paulinenpark, Seidenstraße 35, 70174 Stuttgart
Thema:	Antisemitismus und Muslimfeindschaft
Referent:	Hussein Hamdan, Islamwissenschaftler Tübingen

Tagesordnung Plenumsitzung des AK ASYL STUTTGART

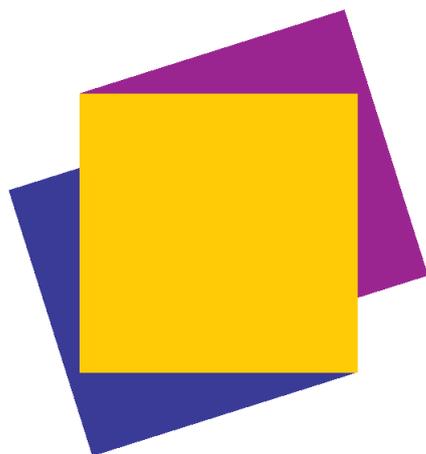
19:00 Uhr	Begrüßung und Hinweise auf Veranstaltungen
19:30 Uhr	Neue rechtliche Entwicklungen, Rechtsanwalt Herr Weidner
20:00 Uhr	Top-Thema. Im Anschluss Austausch bei Getränken

Wir erstellen von der Veranstaltung Bild- und Videomaterial für unsere Homepage und social media. Mit Ihrer Anwesenheit erklären Sie sich einverstanden, dass wir Bild- und Videomaterial veröffentlichen, auf dem Sie erkennbar sind.

Termine Plenum 2024:

11.01.2024	Georg Hegele (eva-Beratung für Menschen ohne Papiere) und Frau Martis-Cisic (Malteser Migranten Medizin)
08.02.2024	Hussein Hamdan, Islamwissenschaftler Tübingen, Antisemitismus, Muslimfeindschaft
14.03.2024	Frauen und Flucht Ramona Clauss von der Fraueninterventionsstelle und Lena Schmid von „Frauen helfen Frauen e. V.“
11.04.2024	Anne-Vogler-Bühler, Netzwerk Pro Sinti & Roma, Koordinatorin Anlaufstelle und Netzwerk Stuttgart
Anfang Mai!	voraussichtlich mit Kandidat*innen zur Kommunalwahl bzw. Europawahl
13.06.2024	Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen mit Behinderungen

Vom Wert der Menschenrechte



Gedanken-, Gewissens-, Religionsfreiheit Artikel 18

Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, die Religion oder Überzeugung zu wechseln ...

Motiv der ArtCoffer-Ausstellung »Mein Name ist Mensch«. Diese kann über www.die-artCoffer.de bezogen werden. Grafik: Jochen Starkowski

Protokoll zum Plenum vom 11.01.2024

Protokollantin: Petra Heisig

Am Donnerstag, 11. Januar um 19 Uhr begrüßt Asylpfarrer Joachim Schlecht alle Anwesenden im Paulinenpark-Saal zum ersten Plenum 2024 und weist auf anstehende Veranstaltungen hin, wie bspw. am 28. Januar die Vorpremiere von „Green Border“ – einem Drama der Oscar-nominierten Regisseurin Agnieszka Holland aus dem Jahr 2023, bei dem Einzelschicksale Geflüchteter an der Grenze zwischen Belarus und Polen im Mittelpunkt stehen. Des Weiteren lädt Herr Schlecht ins Asylbüro ein, wo Werke des Stuttgarter Künstlerkollektivs AMOS ausgestellt sind, die bei Interesse auch erworben werden können.

Wie jedes Jahr im Januar-Plenum steht als Erstes die Wahl des diesjährigen Ak Asyl Sprecherrats auf dem Programm. Im Plenumsheft 01/2024 finden Sie die Selbstvorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten. Zwei Sprecherräte vom Vorjahr – Kossi Lombo und Luke Kwame Asamoah – können leider aufgrund ihres beruflichen bzw. schulischen Engagements und wachsenden familiären Aufgaben für 2024 nicht kandidieren. Wir danken ihnen sehr für ihr Engagement und hoffen, dass sie ihrem Wunsch entsprechend, in den kommenden Jahren wieder Zeit finden als Sprecherräte mitzumachen. Den Mitgliedern des Ak Asyl Sprecherrats 2024: Margit Bonja, Wolf-Dieter Dorn, Gül Güzel, Arash Hafesi, Petra Heisig, Jamshid Hessami, Norbert Latuske, Bernhard Mellert, Barbara Mobley, Luigi Pantisano, Martin Richter, Joachim Schlecht und Stefan Weidner gratulieren wir ganz herzlich zur Wahl! Mehr Informationen zu den Sprecherrätinnen und -räten, die auch im monatlichen Plenum für alle Anwesenden persönlich ansprechbar sind, und zu den jeweiligen Schwerpunkten ihrer Arbeit finden Sie auf unserer Homepage <https://www.ak-asyl-stuttgart.de>

Als Nächstes berichtet Rechtsanwalt Stefan Weidner über aktuelle rechtliche Entwicklungen:

- Georgien und Moldau (lt. Bundesregierung Anerkennungsquote Asylanträge im ersten Halbjahr 2023 unter 0,1%) wurden vom Bundestag asylrechtlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Das Parlament stimmte mit breiter Mehrheit einem entsprechenden Gesetz zu, das am 23. Dezember 2023 in Kraft getreten ist.
- Neben den EU-Ländern sind zurzeit als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ deklariert: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Ghana, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Senegal und Serbien.
- Wenn der Asylantrag einer Person aus einem sogenannten „sicheren Herkunftsland“ als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wird, beträgt die Frist nur noch eine Woche, ohne dass die Klage aufschiebende Wirkung hat.
- Änderungen zum „Spurwechsel“ (Wechsel aus dem Asylverfahren in eine Aufenthaltserlaubnis zu Erwerbszwecken) im Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2.0 sind ebenfalls ab dem 23. Dezember 2023 in Kraft getreten. Aus einem laufenden Asylverfahren ist kein Spurwechsel möglich. Die einzige Möglichkeit besteht darin, das Asylverfahren abzubrechen und einen Spurwechsel aus einem zurückgenommenen Asylantrag zu versuchen. Das ist ggf. riskant und in jedem Fall empfehlenswert, zuvor zu klären, ob alle Voraussetzungen erfüllt sind.
- Die Beschäftigungsduldung nach §60d AufenthG wurde entfristet. Diese Regelung, nach der Personen, die bereits seit mindestens 18 Monaten eine Beschäftigung ausüben, eine Duldung für 30 Monate erteilt werden kann, war bei ihrer Einführung befristet worden. Der §60d AufenthG sollte am 31. Dezember 2023 außer Kraft treten. Der entsprechende Artikel des Gesetzes aus dem Jahr 2019 wurde nun nachträglich aufgehoben, somit gilt der §60d AufenthG jetzt unbefristet. Im Gesetzgebungsverfahren wurde festgehalten, dass eine Anpassung der Voraussetzungen für die Beschäftigungsduldung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll.
- Seit Januar 2024 können Geduldete aus dem Iran abgeschoben werden, schutzsuchende Iraner*innen müssen auch nach Konvertierung zum Christentum wieder Abschiebungen in ihr Herkunftsland fürchten. Ein in allen 16 Bundesländern geltender Abschiebestopp in den Iran wurde auf der IMK im Dezember nicht verlängert und lief zum 31. Dezember 2023 aus. Nur in Berlin läuft noch bis Ende Februar 2024 ein genereller Abschiebestopp.
- Auch nach Afghanistan werden teilweise Abschiebungen durchgeführt, das einzige Land, in das nicht abgeschoben wird ist Syrien.
- Aus Baden-Württemberg wurden bekanntermaßen 2099 Menschen im Jahr 2023 abgeschoben – im Vorjahr lautete die Anzahl 1600. Neben Dublin-Abschiebungen nach Österreich wurden die meisten Abschiebungen in die Herkunftsländer Gambia, Türkei, Nordmazedonien und Nigeria durchgeführt.

Die Statistik bestätigt den einvernehmlichen Eindruck der Plenumsteilnehmer*innen, dass die Anzahl der Abschiebungen signifikant erhöht wurde respektive wird. Aus dem Publikum vermeldet zudem eine Teilnehmerin, dass in Kroatien kein Asyl

beantragt werden kann und Schutzsuchende von dort direkt in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Dennoch werden Dublin-Abschiebungen nach Kroatien durchgeführt.

Zur zweiten Stunde begrüßt Asylpfarrer Schlecht die Referentinnen Regine Martis-Cisic und Annika Behn, MMM (Malteser Migranten Medizin), die den Plenumsteilnehmenden einen Einblick in ihre Arbeit bzw. die Praxis „Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung“ in Stuttgart-Heslach, gewähren. Neben dem Praxis-Organisationsteam engagieren sich dort ehrenamtlich fünf Allgemeinmediziner*innen, zwei Gynäkolog*innen, ein Chirurg, eine Kinderärztin, ein Kardiologe und ein Zahnarzt für Menschen, die sonst nirgends hinkönnen, unter anderen aufgrund aufenthaltsrechtlicher Illegalität. Mit zehn niedergelassenen Ärzt*innen und Zahnärzt*innen, mit dem gegenüberliegenden Marienhospital, wie auch mit MedMobil besteht eine enge Kooperation. Jeden Mittwoch von 10 bis 14 Uhr findet in den Praxisräumen in der Boheimstraße 40 eine offene Sprechstunde statt, zudem 14-tägig dienstags Sprechstunde für Schwangere und kinderärztliche Sprechstunde bei Bedarf. Nebst professioneller Erfragung von potentiell medizinisch relevanten Informationen (ärztliche Anamnese) und Diagnostik (Vitalwerte, Blutuntersuchungen, EKG, Atembelastung, Ultraschall, etc.) gehören zum Behandlungsumfang auch Therapie – bei Bedarf Medikamente – und die Weitervermittlung der Patient*innen innerhalb eines medizinischen Netzwerks zu spezifischen Fragestellungen. Zum üblichen Leistungsspektrum der Schwangerensprechstunde zählen Vorsorgeuntersuchungen für schwangere Frauen und die Herstellung einer Verbindung zu Beratungsstellen, bei denen die Frauen die Geburt betreffend und auch in sozialen sowie finanziellen Fragen Unterstützung erfahren. Im Jahr 2024 stehen zwei große Projekte an: eine zahnärztliche Sprechstunde und eine Clearingstelle (derzeit auf ein Jahr befristete 50%-Stelle) sollen etabliert werden.

Georg Hegele berichtet im Anschluss noch kurz über seine Tätigkeit im Internationalen Beratungszentrum der eva (Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V.) und die enge Zusammenarbeit mit Malteser Migranten Medizin – beide Organisationen stehen Menschen mit unklarem Aufenthaltsstatus bei, bspw. Personen, die mit Visum nach Deutschland gekommen und geblieben, auf Duldung bzw. ausreisepflichtig und von Abschiebung bedroht sind. Auch Georg Hegele beklagt die gängige Abschiebepaxis, speziell am Bsp. von zwei Personen aus Gambia und Nordmazedonien, die kurz vor Weihnachten deportiert wurden. Beide waren in Arbeit und zahlten Steuern. Menschen – auch aus ihrem privaten und beruflichen Umfeld – setzten sich für ihr Bleiberecht ein, konnten die Abschiebungen dennoch nicht verhindern. Insbesondere Gambier sind häufig von Abschiebung betroffen, obwohl sie arbeiten, Steuern zahlen und sozial integriert sind. Aus diesem Grund organisierte die gambische Community im letzten Jahr zwei Demos in Stuttgart, an denen jeweils mehr als 200 Menschen teilnahmen. Gemäß der von Georg Hegele zitierten Statistik gehört Gambia neben Ghana, Nordmazedonien und Togo zu den Ländern, aus denen die meisten Menschen kommen, die von der eva beraten und betreut werden.

Zum Ende des offiziellen Januar-Plenums bedankt sich Asylpfarrer Schlecht bei den drei Referierenden und lädt alle Anwesenden noch zu einem gemeinsamen Ausklang bei einem Getränk und Fingerfood ein. An Flüchtlingsbegleiterin Thanja Abdulrazzaq-Bekr ein herzliches Dankeschön für ihre stets köstlichen kulinarischen Beiträge zu den Plena.

Infomaterial zu den Themen Antisemitismus

von: Joachim Schlecht

Amadeu Antonio Stiftung: Ich möchte Sie gerne auf diese Stiftung aufmerksam machen:

Einerseits auf den Link: [Antisemitismus & Verschwörungsideologien - Amadeu Antonio Stiftung \(amadeu-antonio-stiftung.de\)](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/).

Dort heißt es einleitend:

Engagement gegen Antisemitismus ist uns ein zentrales Anliegen. In Deutschland sind antisemitische Einstellungen und antisemitisch motivierte Gewalttaten auf einem beständig hohen Niveau. Das Phänomen ist nicht nur im Rechtsextremismus und -populismus, sondern in allen gesellschaftlichen Gruppen zu verorten...

Andererseits auf den Link <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/> Dort heißt es: Die Amadeu Antonio Stiftung reagiert auf eine rechtsextreme Alltagskultur, die sich vielerorts verankert hat. Obwohl Rechtsextreme die Demokratie ablehnen und täglich Menschen bedrohen, angreifen und sogar töten, spielt Rechtsextremismus im öffentlichen Diskurs eine untergeordnete Rolle..

Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung: Hilfreich zum Thema Antisemitismus ebenso wie zu Muslimfeindschaft finde ich die Argumentationshilfen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL). Das ZSL richtet sich zwar an Lehrkräfte, die Informationen sind aber frei zugänglich und auch für zivilgesellschaftliche Akteure hilfreich.

https://zsl-bw.de/_Lde/Startseite/im-fokus/im-fokus-israelkrieg

Beratungsstelle OFEK: Vielfach empfohlen wird auch immer wieder die Beratungsstelle OFEK, die sehr engagiert und professionell Einschätzungen geben, ob Inhalte antisemitisch sind, wo Grenzen zu ziehen sind und wie man damit umgehen kann. Hierzu gibt es auch Online-Beratungen, die man in Anspruch nehmen kann : <https://ofek-beratung.de/bawue>

11. Januar 2024 Migration und Internationale Diakonie Stellungnahmen

Islamberater Hussein Hamdan – Vermittlung zwischen allen Stühlen?

Von: Mark Kleber

Quelle: Islamberater Hussein Hamdan – Vermittlung zwischen allen Stühlen? - SWR1

HTTPS://WWW.SWR.DE/SWR1/SONNTAGMORGEN-2023-07-30-ALS-ISLAMBERATER-UNTERWEGS-100.HTML

Hussein Hamdan ist in Baden-Württemberg als Islamberater unterwegs. Er berät Kommunen bei Fragen des Zusammenlebens. Über seine Erfahrungen hat er nun ein Buch geschrieben.

Rund fünfeneinhalb Millionen Muslime leben in Deutschland., davon 200.000 in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg sind es 800.000. Seit acht Jahren ist Hussein Hamdan als Islamberater unterwegs durch Baden-Württemberg, um gerade in Kommunen Fragen zu beantworten und zu vermitteln. "Wo [...] Menschen zusammenleben, zueinander in Beziehung treten und sich den öffentlichen Raum teilen, entstehen naturgemäß Gemeinsamkeiten, Dynamiken und Konflikte", schreibt der 44-Jährige in seinem neu erschienenen Buch, in dem er über Erfahrungen, Herausforderungen und Orientierungen berichtet.

Als Islamberater bei der katholischen Kirche – das löst Erstaunen aus

In seiner Arbeit geht es zum Beispiel um den Bau von Moscheen, der in Städten und Gemeinden immer wieder für Diskussionen sorgt, oder auch darum, dass Mitarbeitende in Kommunen besser verstehen, welche islamischen Verbände es gibt und was sie ausmacht. Angestellt ist Hussein Hamdan aber nicht bei einem solchen Verband, sondern bei der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Dass er als Muslim und Islamberater bei der katholischen Kirche arbeitet, löst bei Muslimen durchaus immer wieder Erstaunen aus, erzählt Hamdan im SWR1-Interview: "Dann werde ich schon auch mal darauf angesprochen, ob ich nicht katholisch geworden bin. Da gibt es schon vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle ein bisschen Skepsis. Vereinzelt vernehme ich aber auch etwas Neid. Aber ich möchte schon sagen, überwiegend habe ich sehr positive Erfahrungen gemacht. Ob das jetzt auf der katholischen Seite, auf der muslimischen Seite ist oder auch insgesamt bei vielen anderen Einrichtungen und Gruppen."

2015 ist das Projekt der Islamberatung in Baden-Württemberg mit drei Partnern gestartet, der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, der Robert-Bosch-Stiftung und der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl. Der offizielle Titel des Projektes: *Muslime als Partner in Baden-Württemberg – Information, Beratung, Dialog. Gesellschaft gemeinsam gestalten*. Das Ziel: Die Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltungen und Musliminnen und Muslimen zu verbessern. Der Weg zu diesem Ziel: wechselseitige Wissenslücken überwinden und ins Gespräch miteinander gehen. "Wir haben in den Kommunen nicht nur ein oder zwei Moscheegemeinden, manchmal gibt es vier oder fünf. Wir haben in den Kommunen, im Zusammenleben mit Muslimen vor Ort viele Fragen", sagt der promovierte Islam- und Religionswissenschaftler, der in Tübingen studiert hat.

Islam-Beratung von der Jugendarbeit bis zum Umgang in der Pflege

Das Projekt bietet inzwischen auch Online-Beratung an. Es geht um Hilfestellungen und Handlungsempfehlungen zu diversen Fragen des Zusammenlebens mit Musliminnen und Muslimen vor Ort. Zum Beispiel, wie man sie in kulturelle und soziale Aktivitäten einbinden kann. Themen sind auch Jugendarbeit, Seelsorge, der Umgang mit pflegebedürftigen Personen und mit muslimischen Geflüchteten. Das Hauptthema sei aber die Einordnung islamischer Gruppen. „Wie können wir mit den verschiedenen islamischen Gruppen, die es gibt, in der jeweiligen Kommune umgehen? Wir bieten Hintergrundinformationen zu den Verbänden, die dort ansässig sind.“

Hussein Hamdan

Die Information über islamische Verbände sei ein Schwerpunkt der Beratung, oft gehe es aber auch darum, dass die muslimischen Gruppen untereinander Probleme hätten, „dass die einen sich weigern, zum Beispiel zu einer Sondersitzung mit dem Integrationsbeauftragten oder mit der Verwaltungsspitze zu kommen, wenn andere eingeladen sind. Und auch da werden wir gefragt, wie man natürlich mit solchen Situationen umgehen kann. Das Thema Moscheebau, islamische Gräberfelder das sind ebenfalls Themen, die immer wieder angefragt werden.“

Reizthemen wie Moscheebau - Islamberater Hamdan: mehr Information, weniger Emotion

Bei so viele unterschiedlichen Themen und Akteuren – sitzt man als Islamberater nicht zwischen allen Stühlen? Hussein Hamdan räumt ein: „Man bekommt auch immer wieder mal einen gewissen Frust ab oder eine gewisse Arroganz ab. Das ist nicht immer einfach, aber man lernt mit der Zeit dann damit auch umzugehen.“

Gerade der Bau von Moscheen sei immer wieder ein Reizthema, so Hussein Hamdan. In SWR1 Sonntagmorgen rät er zu mehr Gelassenheit: "Beim Thema Moscheebau sollten wir mal alle ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Ich finde, da reden wir oft zu emotional über diese Themen. Nicht jeder Moscheebau ist jetzt ein Schritt in die schleichende Islamisierung Deutschlands". Muslime hätten ein Anrecht auf würdige Gebetsstätten, und es sei wichtig, dass man da auch diese Anliegen berücksichtigt. "Auf der anderen Seite wäre es vielleicht auch mal ganz gut, wenn die muslimischen Gemeinden manchmal ihre Ansprüche, wenn es um die Höhe des Minarets oder der Kuppel geht, ein bisschen überdenken würden." Der Bau einer Moschee werfe viele Fragen auf. "Und da glaube ich, wäre es ganz gut bei einem Moscheebau, dass die muslimischen Gemeinden

hier Informationsveranstaltungen durchführen und auch auf die Fragen der Bürgerinnen eingehen. Nicht jeder Bürger und jede Bürgerin, die eine kritische Frage stellt, ist sofort rechtsgesinnt."

Wachsender Bedarf an Islamberatung und zwei große Herausforderungen

Der Bedarf an Islamberatung steige in den Kommunen, schreiben im Vorwort zum Buch die Integrationsbeauftragten von Mannheim und Stuttgart, Claus Preißler und Gari Pavković. Gebraucht würden Informationen und kommunale Handlungskompetenz, um mit den lokalen Islamgemeinden angemessen zusammenzuarbeiten. Auch bei den muslimischen Gemeinden, die das Zusammenleben in den Kommunen mitgestalten wollten, sehen beide diesen Bedarf. Ihr Wunsch deshalb: Die unabhängigen Islamberatung solle ihrem Projektstatus entwachsen und ein verlässliches Regelangebot werden.

Hussein Hamdan selbst sieht für die kommenden Jahre zwei große Herausforderungen: Die großen Islamverbände müssten ihre Strukturen professionalisieren, um auch auf kommunaler Ebene Partner auf Augenhöhe zu sein. "Das würde den Muslimen das Leben einfacher machen, aber auch den Kommunen und vielen anderen Einrichtungen auch". Die andere Herausforderung sei die immer vielfältiger werdende Islam-Landschaft. Wir haben heute eine Reihe von Verbänden, Moscheegemeinden, wir haben viele Initiativen gerade im Jugendbereich, im Frauenbereich, und da den Überblick zu behalten, das glaube ich, ist eine ganz, ganz große Herausforderung, um dann perspektivisch zu sehen, mit wem können wir in welchen Themenbereichen dann auch zusammenarbeiten?"

Hussein Hamdan

Als Islamberater unterwegs durch Baden-Württemberg Erfahrungen – Herausforderungen – Orientierungen
Grünewald-Verlag

Insgesamt reden wir falsch über das Thema“

Interview von Alexandra Kratz, Stuttgart

Quelle: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.islamberater-ueber-muslimisches-leben-in-baden-wuerttemberg-insgesamt-reden-wir-falsch-ueber-das-thema.e2dc2248-b748-4514-8732-00374343cb8f.html>

Der Krieg im Nahen Osten habe zu Verschiebungen in der Islamdebatte geführt – hin zum Negativen, sagt Hussein Hamdan. Was genau meint der Wissenschaftler, Autor und Islamberater damit, und welchen Ausweg sieht er?

Hussein Hamdan ist Wissenschaftler, Autor und seit 2015 Islamberater in Baden-Württemberg. Im Interview mit unserer Zeitung spricht er darüber, warum seine Arbeit seit dem Terroranschlag der Hamas in Israel schwieriger geworden ist – und warum er das Amt niederlegt.

Herr Hamdan, warum ist eine Islamberatung wichtig?

Wir haben die Islamberatung 2015 an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart ins Leben gerufen, als Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung und der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl. Die Grundidee ist: Wir haben in Deutschlands Kommunen eine vielfältige Islamlandschaft. Und es gibt viele Fragen zum Zusammenleben mit Muslimen. Dabei geht es zum Beispiel um die Einbindung islamischer Jugendorganisationen in Stadtjugendringe. Oder: Wie reagieren wir, wenn Muslime bei uns im Ort eine Moschee bauen wollen?

Und Sie sagen dann, was richtig und was falsch ist?

Wir sind eine neutrale Stelle, wir beziehen keine Position. Wir formulieren Handlungsempfehlungen. Lösungen finden müssen stets die Kommunen und die Moscheegemeinden beziehungsweise Moscheeverbände – für sich und gemeinsam.

Inwiefern betrifft Sie der Krieg in Israel?

Ich habe seit Kriegsbeginn eine der stressigsten Phasen, die ich je erlebt habe. Und ich befürchte, dass der Krieg und das, was seitdem auch hier bei uns in Deutschland passiert ist, zu Verschiebungen in der Islamdebatte führen wird. Dass

vielleicht auch viele Prozesse, die man in den letzten Jahren angestoßen hat, jetzt wieder hinterfragt werden. Das kostet sehr viel Kraft. Persönlich, wenn man die Bilder sieht, die Todeszahlen hört, dann erfüllt mich das mit großer Trauer.

Was meinen Sie mit „Verschiebungen in der Islamdebatte“?

Wir befinden uns in einer Situation, die vieles verändern wird. Wenn ich jetzt höre, wie die Politik wieder über das Thema Muslime in Deutschland spricht, glaube ich, dass es da zu Veränderungen kommen kann – hin zum Negativen. In den Debatten heißt es immer, wir müssen alles auf den Prüfstand stellen und schauen, mit wem können wir was machen. Das ist nicht mein Dialogverständnis. Ich persönlich würde mir jetzt erst recht die Leute krallen, würde Tacheles sprechen. Dialog heißt nicht immer Partnerschaft. Aber es wäre fatal, wenn man gut funktionierende Projekte jetzt wegen des Anschlags und der Folgen komplett über Bord wirft. Ich denke, man muss den Leuten auch mal zuhören, was ist ihnen wichtig. Stattdessen wird aber immer wieder in diesen Talkshows und auf politischen Ebenen diskutiert, ohne irgendwie groß die Muslime einzubinden, um die es geht.

Und wie geht es besser?

Ich finde, insgesamt reden wir falsch über das Thema. Wir reden wieder viel über Islamverbände, ignorieren aber, dass die etablierten Verbände – Rechnungen zufolge – gerade etwa ein Viertel der Muslime in Deutschland als Mitglieder haben. Die große, breite Mehrheit ist also gar nicht organisiert und will das vielleicht auch gar nicht. Jetzt heißt

es, man müsse die liberalen Muslime unterstützen. Da frage ich mich: Wer sind die liberalen Muslime? Viele sind ja gerade aufgrund ihrer liberalen Einstellungen nicht organisiert. Diese Menschen bringt man jetzt unter Druck; sie sollen die neuen Partner sein. Doch genau sie wollen eigentlich mit diesen Themen nichts zu tun haben und einfach nur ihr Leben leben.

Wie komme ich denn an die Muslime ran, die nicht organisiert sind?

Manche sind engagiert in Vereinen, haben Kulturvereine, man kann exemplarisch Leute interviewen. Aber die sprechen dann eher für sich allein, es sind dann ihre persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen. Das ist die Problematik. Aber man muss wenigstens darauf aufmerksam machen, wie viele Menschen der Verein vertritt, den man zitiert.

Die Islamberatung Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell. Warum wird die Struktur nun geändert?

Ich habe mich dazu entschlossen, was Neues zu machen und werde Ende Februar die Akademie der Diözese verlassen. Die Islamberatung soll dort aber weiterlaufen. Der Förderantrag beim Sozialministerium ist gestellt. Mein Kollege vom Fachbereich Interreligiöser Dialog soll das Projekt leiten. Ihm zur Seite steht ein Team aus freien Beraterinnen und Beratern. Auch ich werde weiter an der Akademie präsent sein.

Ist das nicht der falsche Zeitpunkt, um die funktionierende Islamberatung umzustrukturieren?

Das konnte man nicht voraussehen. Meine Entscheidung steht schon länger fest. Es ist ein schwieriger Zeitpunkt. Wenn wir diese Situation im Nahen Osten schon im Herbst 2022 gehabt hätten, wären bestimmte Dinge sicher anders gelaufen.

Was machen Sie denn künftig?

Ab 1. März bin ich bei der Eugen-Biser-Stiftung in München. Ich werde dort ein dreijähriges Projekt leiten. Es geht darum, Kommunen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zu finden, die vor Ort Projekte mit Musliminnen und Muslimen machen und sich dabei beratend begleiten lassen. Wir wollen schauen, was läuft wo anders, wo gibt es

Unterschiede und wo Gemeinsamkeiten, was kann man voneinander lernen?

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Für mich war es immer wichtig, dass die Islamberatung hier läuft. Denn damit treffen wir einen Nerv. Perspektivisch wäre es wichtig, dass man die Islamberatung möglichst zur Institution macht. Wir haben einen Antisemitismusbeauftragten, den ich sehr schätze. Gerade in der Bekämpfung von Antisemitismus müssen wir neue Wege gehen. Von daher hat Michael Blume in der nächsten Zeit sehr viel zu tun. Auf der anderen Seite muss sich die Politik aber auch mit dem Thema Islam und muslimisches Leben in seiner Gesamtheit auseinandersetzen. In den letzten Jahren stand der Religionsunterricht im Fokus. Aber es gibt noch mehr. Es ist wichtig zu analysieren, welche Player haben wir hier, mit wem können wir in welchen Projekten zusammenarbeiten, was müssen wir fördern. Und wir dürfen nicht vergessen, dass es auch eine große Muslimfeindschaft in Deutschland gibt. Auch da muss man anpacken.

Das Gespräch führte Alexandra Kratz.

Zur Person

Hussein Hamdan, Dr. phil., ist seit 2012 an der in Hohenheim ansässigen Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und leitet gegenwärtig den Fachbereich Muslime in Deutschland. Er verantwortet seit 2015 als Islamberater für kommunale Einrichtungen das Projekt „Muslime als Partner in Baden-Württemberg“. Zum 1. März wechselt er zur Eugen-Biser-Stiftung in München.

Zum Buch

In seinem Buch „Als Islamberater unterwegs durch Baden-Württemberg“ spricht Hussein Hamdan über seine Erfahrungen der vergangenen Jahre. Er benennt Herausforderungen im Umgang mit muslimischem Leben in Deutschland und analysiert Fallbeispiele. Dabei geht es unter anderem um Moscheebauten und islamische Gräberfelder. Mit konkreten Handlungsempfehlungen will Hussein Hamdan Orientierung geben. Das Buch ist 2023 im Matthias-Grünwald-Verlag, Ostfildern, erschienen.

Stuttgarter Zeitung, 3.1.2024

Evangelische Mission in Solidarität e.V.:

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!

<https://ems-online.org/info/aktuelles/krieg-soll-nach-gottes-willen-nicht-sein>

Seit dem Angriff palästinensischer Milizen auf den Staat Israel in den frühen Morgenstunden des 7. Oktober stehen wir in engem Austausch mit Menschen in der gesamten Region, denen wir verbunden sind. Das, was wir hören, geht uns nahe. Um nur wenige Beispiele zu nennen: Wir nehmen Anteil an der Angst jüdischer Israelis, die sich in Mevasseret Zion (einem jüdischen Vorort Jerusalems) in einen Schutzraum geflüchtet haben, ebenso wie an der Angst palästinensischer Israelis in einem ganz ähnlichen Schutzraum in Abu Gosh (einem arabischen Vorort

Jerusalems). Wir sind solidarisch mit unseren palästinensischen christlichen Geschwistern, die im Ahli Arab Hospital in Gaza palästinensische Kriegsopfer versorgen, ohne nach deren Hintergrund zu fragen – und stehen an der Seite der unzähligen Israelis, Frauen, Männern und Kindern, die am jüdischen Festtag der Tora-Freude schamlos angegriffen wurden. Wir klagen über alle Opfer, die dieser Krieg bereits gefordert hat.

Raketen unterscheiden nicht zwischen Israelis und Arabern; nicht zwischen Juden, Muslimen oder Christen. Unter den

Opfern befinden sich Soldaten und Zivilisten, Einheimische und thailändische Gastarbeiter auf den israelischen Plantagen rings um den Gazastreifen, die aus wirtschaftlicher Not hierhergekommen sind. Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.

Die EMS fordert alle Mitglieder, Partner, Geschwister in der Region auf, sich für den Frieden einzusetzen:

1. Diese Gewalt muss sofort enden. Das Feuer muss eingestellt werden. Alle, die als Geiseln gehalten werden oder in den Gazastreifen verschleppt wurden, müssen sofort freigelassen werden. Dies gilt insbesondere für Frauen und Kinder. Wer unschuldige Mütter mit ihren kleinen Kindern verschleppt, stellt sich außerhalb jeglicher Religion und jeglicher menschlichen Gemeinschaft.

2. Auch wenn Israel durch diesen Angriff erstmals seit genau 50 Jahren überrascht wurde, so ist es doch nicht der erste Krieg um den Gazastreifen. Die letzten Waffengänge fanden 2008/09, 2012, 2014 und 2021 statt. In den dazwischen liegenden Phasen relativer Ruhe wurde immer wieder versäumt, ernsthaft nach langfristigen Lösungen für die Region zu suchen. Aufmerksame Beobachterinnen und Beobachter haben bei zahlreichen Gelegenheiten auf dieses Versäumnis hingewiesen. Auch nach dem derzeitigen Krieg wird wieder gelten: Die Menschen im Gazastreifen, der seit 2007 sowohl von Israel als auch von Ägypten weitgehend abgeriegelt ist, brauchen Lebens- und Entwicklungsperspektiven, die ihnen viel zu lange vorenthalten wurden. Zugleich muss der immer wieder artikulierte Irrglaube bekämpft werden, der Staat Israel sei ein „koloniales Siedlerunternehmen“, welches irgendwann aus der Region verschwinden werde, wenn man nur lange genug eine „Normalisierung“ der Beziehungen verweigere. Wir sind überzeugt: Israelis und Palästinenser können und werden dauerhaft miteinander leben – dazu müssen wir die Kräfte der Vernunft, des Ausgleichs und der Gerechtigkeit stärken.

3. Die Stellvertreterkriege, die Israel- und Palästinafreunde weltweit auf der Straße, an Hochschulen und in den sozialen Medien gegeneinander führen, sind nicht dazu geeignet, zu konstruktiven Lösungen im Nahen Osten beizutragen. Insbesondere in diesen Tagen wird häufig gefordert, sich ganz für die eine und gegen die jeweils andere Seite zu positionieren. In der Folge solcher Forderungen, die teilweise

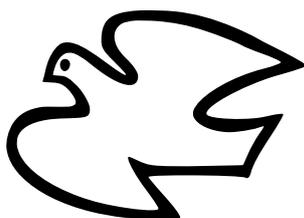
mit ebenso starken wie verständlichen Emotionen vorgetragen werden, scheinen auch die letzten offenen Gesprächskanäle zwischen den unterschiedlichen Positionen abzureißen. Wir werden solchen Forderungen nicht nachgeben, sondern mit allen im Gespräch bleiben, die weiter an einem Miteinander in Frieden und gerechten Beziehungen arbeiten.

4. Die Evangelische Mission in Solidarität (EMS) ist ein Netzwerk von 25 Kirchen und fünf Missionsgesellschaften in Asien, Afrika, Europa und dem Nahen Osten. Zu ihr gehört auch die „Episcopal Diocese of Jerusalem“. Diese anglikanische EMS-Mitgliedskirche betreibt in Gaza das „Ahli Arab Hospital“. Das Krankenhaus versteht sich als Dienst der kleinen christlichen Gemeinschaft an der gesamten Gesellschaft im Gazastreifen. Über den anglikanischen Erzbischof in Jerusalem, the Rt. Rev. Dr. Hosam Naoum, erreicht uns in diesen Tagen die Bitte von Dr. Suhaila Tarazi, der Direktorin dieser Einrichtung, um Unterstützung. Dr. Tarazi ist eine bemerkenswerte Frau, die während aller vergangenen Kriege als Leitung des Ahli Arab Hospitals ausgeharrt und mit ihrem Team darauf geachtet hat, dass die Zivilbevölkerung des Gazastreifens hier eine gute medizinische Versorgung erhält. Auch jetzt leidet die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten des Kriegsgeschehens massiv. Durch die enge Verbundenheit mit unseren anglikanischen Geschwistern im Nahen Osten haben wir die Möglichkeit, wenigstens an dieser einen Stelle konkret und direkt zu helfen. Bei der EMS gibt es dauerhaft ein Konto, über das Spenden an das Ahli Arab Krankenhaus weitergeleitet werden. Wer eine Spende mit dem Verwendungszweck „Krankenhaus Ahli Arab“ an das Spendenkonto der EMS überweist, darf sich sicher sein, dass das Geld diesem wichtigen Dienst direkt zugutekommt.

Dr. Tarazi beendet ihren Brief mit den Worten: „Bitte betet mit uns, dass diese Welle der Gewalt gestoppt wird, denn in Kriegen gibt es keine Gewinner. Alle sind Verlierer.“

Diese Bitte geben wir jetzt und hier an alle weiter: Betet mit uns, dass diese Welle der Gewalt gestoppt wird! Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!

Pressekontakt: Pfarrer Dr. Uwe Gräbe, Nahost-Referent, graebe@ems-online.org, Tel. +49 711 636 78 -37



EMS verurteilt Raketeneinschlag in Ahli Arab Hospital

Das Präsidium der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) verurteilt in seiner heutigen Sitzung am 18.10.2023 den Raketeneinschlag in das anglikanische Ahli Arab Hospital in Gaza (auch „Baptist Hospital“ genannt). In der Nacht zum Mittwoch war das Krankenhaus von einer Rakete getroffen worden. Die Medien berichten von vielen Opfern unter den Menschen, die im Krankenhaus Schutz vor dem Krieg gesucht hatten. Die EMS unterstützt seit vielen Jahren dieses Krankenhaus der Bischöflichen Kirche in Jerusalem und dem Mittleren Osten.

Dr. Suhaila Tarazi, die Direktorin des Krankenhauses, die den Angriff überlebt hat, hatte noch in der vergangenen Woche an die Kirchen appelliert: „Bitte betet mit uns, dass diese Welle der Gewalt gestoppt wird, denn in Kriegen gibt es keine Gewinner. Alle sind Verlierer.“

Das Präsidium der EMS schließt sich diesem Aufruf an. Es fordert die strikte Einhaltung des Völkerrechts und die Schonung der Zivilbevölkerung in diesem Krieg. Das Präsidium verurteilt den Terror und die Gewalt, der mit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober begonnen hat und unter der die Menschen in der Region leiden.

Die Evangelische Mission in Solidarität (EMS) hat ihre Mitgliedskirchen aufgerufen, sich in ihrem jeweiligen Kontext für ein Ende der Gewalt im Mittleren Osten einzusetzen. Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein! Die EMS ruft zum Gebet für die Opfer der Gewalt und zu Spenden für das Ahli Arab Krankenhaus auf.

Gebet der Bischöflichen Kirche in Jerusalem und dem Mittleren Osten

*Himmlischer Vater,
in einer Welt der Verwirrung bitten wir um Deine Weisheit.
In einer Welt voll Schmerz bitten wir um Deine Heilung.
In einer Welt des Konflikts bitten wir um Deinen Frieden.*

*Möge Dein Friede aufs Neue auf die Menschen im Nahen Osten fallen.
Möge der Friede Jerusalems alle Menschen zu einem Leben in Harmonie inspirieren.
Dafür bitten wir Dich durch Deinen Sohn Jesus Christus,
Amen.*

Die Evangelische Mission in Solidarität (EMS) ist eine Gemeinschaft von 25 Kirchen und fünf Missionsgesellschaften in Asien, Afrika, Europa und dem Nahen Osten. Sie verbindet 25 Millionen Menschen weltweit. Zu ihr gehört auch die Bischöfliche Kirche in Jerusalem und dem Mittleren Osten. Diese anglikanische EMS-Mitgliedskirche ist Trägerin des Ahli Arab Krankenhauses in Gaza. Das Krankenhaus versteht sich als Dienst der kleinen christlichen Gemeinschaft an der gesamten Gesellschaft im Gazastreifen.

Präsident der EMS ist Oberkirchenrat Dr. Detlev Knoche von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Stellvertretende Präsident*innen sind Pfarrer Dr. Habib Badr, Senior Pastor der Nationalen Evangelischen Kirche in Beirut und Kirchenrätin Anne Heitmann von der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Pressekontakt: Pfarrer Dr. Uwe Gräbe, Nahost-Referent, graebe@ems-online.org, Tel. +49 711 636 78 -37

Stellungnahme und Gebet des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg (ejw) zur Lage in Israel 11.10.2023:

Wir sind erschüttert von der terroristischen Gewalt der Hamas und verurteilen den schrecklichen Angriff auf Israel. Wir bitten Gott um Frieden und Erbarmen.

Als Evangelisches Jugendwerk in Württemberg sind wir seit 40 Jahren verbunden in einer Partnerschaft mit der christlichen Organisation CVJM Ost-Jerusalem. Die Partnerschaft des EJW-Weltdienstes ist geleitet vom Gedanken der Nächstenliebe und des Friedens. Wir unterstützen die sozialdiakonische Arbeit unter jungen Menschen vor Ort, z. B. in Beit Sahour und Jericho. Mit diesen Partnern sind wir in ständigem Austausch. Und wir sind zugleich seit vielen Jahren

durch verschiedene Reiseangebote mit Jüdinnen und Juden und Menschen in Israel verbunden. Wir sehen, wie tiefe Gräben die Konflikte der letzten Jahrzehnte auf allen Seiten hinterlassen haben. Und wir können unsere Hilflosigkeit, die Not der Menschen und die verzweifelte Hoffnung auf Frieden nur Gott klagen und ihn um Hilfe bitten.

Schenke Frieden – Ein Gebet

Du Gott der Gerechtigkeit und des Friedens,

hilflos stehen wir vor den Bildern des Schreckens
und des Terrors.
Hass und Gewalt haben sich Bahn gebrochen,
Menschen wurden ermordet.
Wir kommen zu Dir
und bitten Dich um Dein Erbarmen!
Schenke Frieden – auch wenn aus menschlicher
Sicht Frieden so unerreichbar fern ist.
Du Gott der Gerechtigkeit und des Friedens,
wir denken vor Dir an die Menschen in Israel,
die Angehörige verloren haben, die Zuflucht
gesucht haben vor dem Terror.
Herr, wir bringen Dir auch die palästinensischen
Partner im YMCA East Jerusalem,
mit denen wir über den EJW-Weltdienst verbunden
sind.
Wir bitten Dich für Kinder, Jugendliche, Familien.
Wie kann Versöhnung geschehen in diesem so
zerrissenen Land?
Kann hier überhaupt Friede werden?

Aber wir kommen zu Dir,
weil wir keinen anderen Ausweg kennen als Dein
unergründliches Erbarmen:
Schenke Frieden – auch wenn aus menschlicher
Sicht Frieden so unerreichbar fern ist.
Wir halten uns fest an Deinem
Versprechen, Frieden zu bringen.
Du bist uns in Jesus Christus ganz nahe
gekommen,
Du hast selber Hass und Gewalt und Tod
ausgehalten,
damit es Hoffnung gibt auf unserer Welt.
Komm Du, Herr Jesus, und schaffe Frieden.
Du bist stärker als Hass und Gewalt.
Herr, erbarme dich.
Amen.

Cornelius Kuttler, Leiter des EJW

Islambeauftragter der Landeskirche
Pfarrer Dr. Friedmann Eißler - 09.10. 2023

Großangriff der Hamas - zu den islamischen Reaktionen in Deutschland

„We stand with Israel“

Es sind schockierende, abscheuliche, empörende Bilder und Nachrichten aus Israel. Nicht nur die Taten an sich sind es, die an Brutalität kaum zu überbieten sind, es sind die Erniedrigung und Zurschaustellung von Misshandelten, Entführten, ja Getöteten, darunter Frauen und Kinder, die zutiefst erschüttern.

Was die Pressemitteilung [„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!“ der EMS](#) (Evangelische Mission in Solidarität) an Forderungen sowie an Solidarität formuliert, die sich letztlich um der Menschen willen *nach beiden Seiten hin* richtet, will ich nicht wiederholen, aber hiermit meinerseits ausdrücklich unterstreichen. We stand with Israel!

Von islamischer Seite gab es eine Reihe von Äußerungen. Darin wird die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verurteilt und ein sofortiges Ende der Gewalt und der Eskalation gefordert. So etwa in der [Pressemitteilung des Koordinationsrat der Muslime in Deutschland \(KRM\)](#), des bedeutendsten Zusammenschlusses der Islamverbände.

Die [Pressemitteilung des Zentralrats der Muslime \(ZMD\)](#) verurteilt die jüngsten Angriffe der Hamas auf Zivilisten und ruft „alle Seiten“ dazu auf, die Gewalt sofort zu beenden. Im zweiten Absatz des kurzen Textes werden die Angriffe von Siedlern flankiert durch die israelische Armee auf palästinensische Dörfer und die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem beklagt – was in diesem Kontext nach einer problematischen Täter-Opfer-Umkehr klingt.

Noch schärfer Kemal Ergün, Chef der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG): Er schrieb auf X (früher Twitter): „Nach Angriffen von Siedlern und Eingriffen israelischer Sicherheitskräfte, auch in der Aksâ-Moschee, die in den letzten Monaten zum Tod palästinensischer Zivilisten geführt haben, hat die Hamas heute eine groß angelegte Aktion durchgeführt, bei der zahlreiche Menschen getötet und verletzt wurden.“ Er fordert das sofortige Ende „dieser Gewaltspirale“.

Murat Kayman zitiert den Präsidenten der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Erbas, der davon spricht, dass die türkischen Muslime dem palästinensischen Kampf für die Freiheit der Al-Aqsa-Moschee zur Seite stünden und die einzige Lösung nur darin bestehen könne, den „Rückzug der Eindringlinge aus den palästinensischen Gebieten und die völlige Freiheit des palästinensischen Volkes“ zu gewährleisten.

Die ägyptische Al-Azhar Universität, eine islamische Autorität von höchstem Renommee für sunnitische Muslime auch in Europa, mit Großscheich Ahmed Al-Tayyeb an der

Spitze, begrüßt in einer Erklärung „stolz die Bemühungen des palästinensischen Volkes“ und preist „die Herzen des stolzen palästinensischen Volkes und seine Hände, die unser Vertrauen wiederhergestellt, uns den Geist eingehaucht und uns wieder zum Leben erweckt haben“. Es wird am Ende versichert, dass „jede Besatzung früher oder später, langfristig oder kurz, verschwinden wird“.

Befremdlich und schwer erträglich ist, um das am Ende zu erwähnen, dass vonseiten der Islamverbände hierzulande bisher offenbar noch niemand kritisch auf die Aktion von Mitgliedern des palästinensischen Netzwerks Samidoun reagiert hat, die auf der Straße in Berlin-Neukölln Süßigkeiten verteilten, wie es die Hamas im Gazastreifen tut, um Terroranschläge zu bejubeln.

Ich habe nicht alle Äußerungen gesehen, vielleicht, wahrscheinlich stehen wichtige noch aus. Ich hoffe auf ebenso ernsthafte wie fruchtbare Klärungen zur Sache und eine Diskussion darüber, auf welcher Basis wir für einen tragfähigen Frieden eintreten wollen.

Siehe auch den [Offenen Brief von elf Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern aus Wissenschaft, Politik und Medien](https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/israel-hamas-islamexperten-deutschland-kritik-muslimische-verbaende), der kritisiert, dass in den hiesigen Debatten trotz aller berechtigten Kritik an der Politik Israels ein entscheidender Punkt viel zu oft ignoriert werde: dass islamistische Terrorgruppen wie die palästinensische Hamas das Existenzrecht Israels grundsätzlich ablehnten. Es sei Zeit, sich arabisch-türkischem Antisemitismus zu stellen. Mehrere Medien haben dies aufgegriffen, z.B.: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/israel-hamas-islamexperten-deutschland-kritik-muslimische-verbaende>

Das erste und wichtigste über allem ist heute jedoch das Mitgefühl und das Mittrauern mit den vielen, die jetzt unmittelbar betroffen sind, sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite, und die Bitte um den Frieden, der wahrlich höher ist als alle Vernunft, die derzeit in Sicht ist. (9.10.2023)

Solidarität mit Israel – gegen Israelhass und Antisemitismus

Quelle: Aktion-Sühnzeichen-Friedensdienste - Erklärung, Israel, Presse
<https://asf-ev.de/solidaritaet-mit-israel-gegen-israelhass-und-antisemitismus/>

ASF-Erklärung zu den terroristischen Angriffen auf Israel, antisemitische Hetze gegen jüdisches Leben in Deutschland und konkrete Solidarität.

ASF-Freiwillige begleiten in Israel ältere Menschen, darunter viele Überlebende der Shoah. Vorerst mussten sie aufgrund der Angriffe ihren Dienst unterbrechen.

Wir sind erschüttert über die unfassbare Welle der terroristischen Gewalt, der die Menschen in Israel seit dem 7. Oktober ausgesetzt sind. Die Hamas tötete in einer alle Begriffe sprengenden Grausamkeit mehr als tausend Menschen in Israel, entführte Zivilist*innen und Soldat*innen, wütete mit äußerster Brutalität, verübte sexualisierte Gewalt und quälte Kinder, Alte und wehrlose Menschen. Die Terrorangriffe zielten gegen Jüdinnen und Juden, den Staat Israel, seine demokratischen Werte und das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen im Land. Aktion Sühnzeichen Friedensdienste verurteilt diese Angriffe und steht uneingeschränkt solidarisch an der Seite Israels. Der Terror der Hamas darf nicht relativiert und gerechtfertigt werden.

Viele Freund*innen und Partner*innen in Israel sind von der terroristischen Gewalt betroffen. Uns nahe Menschen haben Angehörige verloren oder bangen um die, die entführt wurden. Ehemalige Freiwillige haben Verbindungen zum Kibbuz Be'eri und Kfar Aza. In beiden Orten fanden unfassbare Massaker statt. Die Raketenangriffe durch die Hamas aus dem Gazastreifen

halten weiter an, immer wieder kommt es auch zu Angriffen der Hisbollah im Norden Israels. In fast allen Regionen Israels ertönen mehrmals täglich Sirenen, die Menschen müssen Schutzräume aufsuchen und sind verängstigt. Unsere 21 Freiwilligen sind erst Ende September in ihren Einsatzorten in Tel Aviv, Jerusalem, Nahariya, Afula, Haifa und Herzliya angekommen. Sie waren von den unmittelbaren Gewaltexzessen der Hamas in der Nähe des Gazastreifens nicht betroffen. Doch sie erlebten die ständigen Sirenen, die die massiven Raketenangriffe begleiten. Viele ihrer Nachbar*innen sowie die Mitarbeiter*innen und Klient*innen an ihren Freiwilligenstellen sind unmittelbar betroffen vom Terror.

Nach Deklaration des Kriegszustandes in Israel hat ASF im Austausch mit den Freiwilligen und den Einsatzstellen entschieden, dass alle Freiwilligen ihren Dienst in Israel unterbrechen. Seit dem 13. Oktober befinden sich die Freiwilligen in Deutschland. Uns verbindet die Hoffnung, dass die Gewalt und Bedrohung der Menschen in Israel bald ein Ende nehmen möge und eine Situation entsteht, in der die Entsendung der Freiwilligen wieder möglich ist. Die terroristischen Angriffe haben massive Auswirkungen für Jüdinnen und Juden in Israel und weltweit. Es ist der größte Angriff gegen Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Der Staat

Israel, der Jüdinnen und Juden Schutz und Zuflucht geben soll, wurde in seiner Existenz angegriffen.

In vielen Ländern erleben wir erneut einen massiven Anstieg von Israelhass und Antisemitismus. Auf Kundgebungen werden die Terroranschläge von Hamas-

Sympathisant*innen bejubelt, kürzlich skandierten Demonstrant*innen vor dem Auswärtigen Amt „Free Palestine – from German guilt“. Es verbinden sich Islamist*innen mit Holocaustleugner*innen und Antisemit*innen der Mehrheitsgesellschaft.

Jüdisches Leben wird vielerorts massiv bedroht. In Berlin wurden Häuser mit Davidsternen markiert, jüdische Einrichtungen werden weltweit angegriffen. Jüdische Schulen, Kindergärten und Sportvereine schränken ihren Betrieb aus Sicherheitsgründen ein. ASF tritt jeglicher Form von Israelhass und Antisemitismus entschieden entgegen.

Es gilt auch, die palästinensischen und muslimischen Stimmen zu hören und zu stärken, die sich gegen Antisemitismus und den Terror der Hamas, für Demokratie und Vielfalt aussprechen. Wir mahnen, achtsam zu sein, Muslim*innen und Palästinenser*innen nicht pauschal unter Verdacht zu stellen und antimuslimischem Rassismus

deutlich zu widersprechen.

Wir wissen und es schmerzt uns, dass auch auf der palästinensischen Seite Menschen in hohem Maße leiden, verletzt und getötet werden. Die Verantwortung für die aktuelle Gewalt und die militärische Selbstverteidigung Israels liegt bei der Hamas. Es ist naiv und zynisch, diesen Terror als Widerstand zu bezeichnen, er richtet sich gegen die Existenz Israels und gleichzeitig gegen die Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung der Palästinenser*innen.

Wir treten dafür ein, dass Menschen in Israel in Sicherheit leben können und die Verteidigung Israels nicht zu einer humanitären Katastrophe bei den Palästinenser*innen führen muss.

Wir setzen uns in unseren Zusammenhängen weiterhin dafür ein, dass die Bedrohung, der Israel und Jüdinnen und Juden weltweit ausgesetzt sind, nicht relativiert oder gerechtfertigt wird, sondern immer wieder unmissverständlich angesprochen und entschieden angegangen wird.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Auguststraße 80, 10117 Berlin

Nahost-Konflikt: „Es gibt keine Alternative zum Frieden“

Quelle: Startseite: Diözese Rottenburg Stuttgart (drs.de)

Ordinariatsrätin Ute Augustyniak-Dürr hat lange im Westjordanland gelebt. Im Interview spricht sie über ihre Erfahrungen und die aktuelle Eskalation.

"Es gibt kein Schalom ohne Salam. Und es gibt kein Salam ohne Schalom", sagt Ordinariatsrätin Ute Augustyniak Dürr. Sie leitet die Hauptabteilung Schulen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Von 2004 bis 2010 lebte sie mit ihrer Familie in Beit Jala, nahe Betlehem, im Westjordanland. An der christlich-palästinensischen Schule Talitha Kumi unterrichtete Augustyniak-Dürr Deutsch und begleitete als Theologin interreligiöse Projekte. Als Mutter zweier Kinder, von denen eines in Israel zur Schule ging, das andere im palästinensischen Autonomiegebiet, war sie auf beiden Seiten der Mauer eng in die Schul- und Elterngemeinschaft eingebunden.

Im Interview spricht sie über die aktuelle Eskalation in Nahost, über ihr Leben in Israel und Palästina und über die Fassungslosigkeit, die sie angesichts des andauernden Leids der Menschen in dieser Region immer wieder erfasst.

Was empfinden Sie, wenn Sie die Nachrichten verfolgen?

Nach der ersten Schockstarre, der Fassungslosigkeit und dem Entsetzen ist es jetzt vor allem ein tiefes Mitgefühl mit den leidenden Menschen, den Menschen in Israel, den Geiseln, der unschuldigen Zivilbevölkerung von Gaza. Die Polarisierung, die derzeit in vielen Medien vorgenommen wird, ist nur ein hilfloser Versuch, die Lage für sich beherrschbarer zu machen, indem man wenigstens meint beurteilen zu können, wie Schuldige und Unschuldige einzuteilen und auf welcher Seite die Guten und auf welcher die Bösen sind. Für uns als Familie ist es schwer auszuhalten, dass wir ohnmächtig vor dieser schrecklichen Situation stehen und nichts als Traurigkeit fühlen darüber,

was Menschen in diesem heiligen unheiligen Land angetan wird und was zu erleiden ist.

Sie haben lange in der Region gelebt. Wie beurteilen Sie die Lage?

In den sechs Jahren unseres Lebens mit zwei kleinen Kindern auf der Grenze zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten von 2004 bis 2010, in der auch wir einen Gaza-Krieg erlebt haben, habe ich eines gelernt: Es zeigt sich immer noch einmal eine neue Wirklichkeit hinter der vordergründigen. Schon Israelis und Palästinenser als jeweils homogene Gruppe zu sehen ist falsch.

Wir müssen also genauer hinschauen?

Ja, so einfach, wie es sich viele derzeit machen, ist es leider nicht. Je differenzierter man hinschaut, je mehr Kenntnisse man hat, desto unüberschaubarer wird die Lage, desto mehr Facetten gibt es zu beachten: geopolitische, historische, wirtschaftliche, machtpolitische, ethnische, religiöse,

psychologische. Oft blieb uns als Familie dort nur ein Kopfschütteln, wenn uns jemand mit einfachen Worten nach einem zweiwöchigen Besuch im Heiligen Land den Nahostkonflikt erklären wollte, den man vermeintlich „klar auf der Hand liegen“ sehe.

Lange war die Zwei-Staaten-Lösung – ein Staat Israel und ein Staat Palästina, beide mit eigenen Gebieten - das angestrebte Ziel. Ist diese noch zu verwirklichen?

Es ist zweifellos die wünschenswerteste Lösung. Aber angesichts des Flickenteppichs der wenigen verbliebenen palästinensischen Gebiete ist sie kaum noch zu realisieren. Es gibt ein weiteres Modell, die Ein-Staat-Lösung. Im Kleinen funktioniert das zum Beispiel in der Stadt Haifa, in dem arabische und jüdische Israelis einen paritätisch besetzten Stadtrat haben und ein friedliches Miteinander pflegen. Zu den politischen Lösungen und ihren jeweiligen Voraussetzungen und Bedingungen gäbe es viel zu sagen. In der aktuellen Situation gilt es zunächst zu handeln.

Aber was ist nun zu tun?

Man muss die Täter dieses Attentats finden und zur Rechenschaft ziehen. Gleichzeitig müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die gefangengenommenen Geiseln zu befreien. Dazu kommt die Zivilbevölkerung von Gaza, die unschuldig ist und innerhalb der Mauern von Gaza keinerlei Chance hat, an einen sicheren Ort zu fliehen. Alle diese Aspekte gleichzeitig zu berücksichtigen ist so gut wie unmöglich. Das ist das Dilemma. Und am meisten leiden die Kinder auf beiden Seiten.

Sie haben Kinder auf beiden Seiten der Mauer kennengelernt.

Einer unserer Söhne war in Westjerusalem im Kindergarten, weil es nur dort die sonderpädagogische Förderung gab, die er brauchte. Wir wurden so gastlich und warm aufgenommen und begleitet, dass wir Freundschaften fürs Leben geschlossen haben.

Westjerusalem ist der hauptsächlich jüdisch bewohnte und zu Israel gehörende Westteil der Stadt. Sie brachten Ihren Sohn also täglich über die Grenze an eine jüdische Schule?

Ja, ich musste jeden Tag zweimal auf dem Weg hin und zweimal zurück einen Checkpoint überqueren. Das war teilweise sehr schwierig und zeitlich nie verlässlich zu planen. Unser Sohn war in einem staatlichen israelischen Kindergarten, an den sich dann eine Grundschule anschloss. Die Sprache war Hebräisch, das Festjahr jüdisch. Und gleichzeitig war mein Mann Schulleiter und ich Lehrerin in einer Schule für palästinensische Kinder und Jugendliche hinter der Mauer, die Israel vom palästinensischen Autonomiegebiet trennt. Wir wohnten auf dem Gelände der Schule und waren dort zuhause wie in einer Großfamilie. Hier war unser anderer Sohn im Kindergarten und in der Grundschule. Seine Unterrichtssprache war Arabisch, in seiner Klasse waren Christen und Muslime. Das war schon eine etwas besondere Situation. Sie hatte ihre eigenen Herausforderungen, aber auch ganz besondere Chancen.

Sie fühlten sich auf beiden Seiten gut aufgenommen?

Es waren wunderbare Menschen hier wie dort. Wo ist der

Feind, habe ich mich damals gefragt, den man uns von beiden Seiten aus immer wieder einzureden versuchte? Und wer ist der Feind? Kennengelernt habe ich nur Menschen, Menschen mit Träumen und Sehnsüchten. Menschen mit verlorenen Hoffnungen und unvorstellbaren Leiderfahrungen. Menschen, die krank geworden sind über den Erfahrungen, die sie tagtäglich machten und die sie nicht verarbeiten konnten. Und wenn wir heute vor den Trümmern dieser Region stehen, dann haben wir dafür keine Worte mehr. Wir verstummen einfach.

Auch wenn sie in Zeiten von Terror und Krieg oft nicht laut zu hören sind, es gibt ja in beiden Völkern Stimmen, die auf Frieden drängen.

Auch ich muss ich in diesen Tagen viel an die Friedensarbeit vieler Menschen dort denken, an Initiativen und Projekte, die den Hass und die Spirale der Gewalt durchbrechen wollen. Da gibt es zum Beispiel den "Parents Circle", eine Gruppe von Israelis und Palästinensern, die jeweils Angehörige in dem gewaltsamen Konflikt verloren haben.

Wie arbeitet diese Gruppe?

Ich erinnere mich an einen Vortrag in unserer Schule Talitha Kumi, der von einem Israeli gehalten wurde, der seine Eltern im Holocaust verloren hatte und dessen Tochter bei einem Attentat eines palästinensischen Selbstmordattentäters in Tel Aviv getötet wurde. Er hielt ihn gemeinsam mit einem jungen Palästinenser, dessen Bruder im Westjordanland grundlos auf der Straße durch einen militanten Siedler erschossen worden war.

Und beide waren dennoch nicht auf Rache aus?

Das ist ihre große Leistung. Beide formulierten, dass der Hass nur zu noch größerem Hass führt, dass sie aber eigentlich wie Geschwister seien in ihrem Schmerz. Der "Parents Circle" hat es sich zum Auftrag gemacht, gemeinsam zu Veranstaltungen zu gehen, den Menschen ihre Geschichte zu erzählen und miteinander für das Ende der Gewalt einzutreten.

Haben Sie diese Art des Zusammenstehens auch außerhalb der Schule erlebt?

Ja, an vielen Stellen. Es gab da zum Beispiel einen palästinensischen Weinberg und Olivenhain im Westjordanland, der inzwischen von völkerrechtswidrig erbauten israelischen Siedlungen umgeben ist. Der Besitzer hatte ein Schild am Eingang stehen: "We refuse to be enemies" (Wir weigern uns, Feinde zu sein). Eines Tages kamen israelische Siedler mit Bulldozern, um das Gelände zu zerstören. Es bedrohte angeblich ihre Sicherheit. Viele Olivenbäume wurden umgerissen.

Was passierte dann?

Dann bildete sich eine Menschenkette aus rund um Bethlehem herbeigerufenen Menschen: Einheimische, Ausländer, Vertreter der Presse. Es wurde gesungen und gebetet. Die Menschen stellten sich den Bulldozern ohne Waffen entgegen. Schließlich drehten die Angreifer ab. Das Schlimmste konnte verhindert werden. Es wurde niemand getötet. Einige Wochen später kam überraschend eine Ladung mit 200 jungen Olivenbäumen an, gespendet von einer Gruppe von Juden, die einen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten wollte.

Was sagen Ihre Freunde im Nahen Osten heute?

"Du weißt, das ist nicht mein erster Krieg in diesem Land", hat mir letzte Woche eine israelische Freundin aus Jerusalem gesagt, als ich sie nach dem Terrorangriff angerufen habe, "aber dies hier ist anders als alles, was ich je erlebt habe". Unsere palästinensischen Freunde in Beit Jala sind erschüttert von den Gewalttaten der Hamas von Gaza, die die Lage für alle noch einmal drastisch verschlechtert hat. Aber jetzt machen sie sich vor allem Sorgen um ihre Verwandten in Gaza, zu denen es keine Telefonverbindung mehr gibt. Und in den Nachrichten sehen sie nur die Bilder der einschlagenden Bomben und der verzweifelten Menschen. Die deutschen Lehrkräfte unserer Schule Talitha Kumi wurden bereits vom jordanischen Amman aus nach Deutschland geflogen. Die Bundesregierung hält den Aufenthalt im Westjordanland aktuell für zu gefährlich.

Das muss auch für Sie schlimm zu ertragen sein.

Die Worte des gegenseitigen Hasses, die wir aus dem

Heiligen Land, aber auch auf den Straßen Deutschlands hören, sind zerstörerisch. Und ungleich mehr noch die Taten, die der Hass hervorbringt. Er schadet allen. Hass zerstört immer auch den Hassenden selbst. Das ist seine Tragik. Es gibt keine Alternative zum Frieden. Es gibt keine Alternative zum Verzeihen und zum Respektieren der Menschenwürde auch des anderen. Auch wenn es unmöglich scheint. Auch wenn es weltfremd klingt. Es gibt kein Schalom ohne Salam. Und es gibt kein Salam ohne Schalom: Es gibt keinen Frieden in der Welt ohne den Frieden des anderen.

Was erwarten Sie hier von Ihrer Kirche?

Die Kirche muss sich entschieden gegen Unrecht stellen. Gewalt darf niemals geduldet werden. Und sie muss auch ihre Stimme erheben für politische Lösungen. Gleichzeitig steht sie an der Seite der Armen und Bedrängten. Sie unterscheidet nicht die unschuldig Leidenden auf beiden Seiten. Wer um den Frieden betet, betet immer um den Frieden für alle.

Weltgebetstag der Frauen 2024 zu Palästina

Wie jedes Jahr weisen wir vom Asylpfarramt auf die Weltgebetstag-Gottesdienste am Abend des 1. März weltweit in vielen Kirchen hin und freuen uns, wenn Sie in Ihrer Nähe in einer Kirche mitfeiern und mitbeten.

Jedes Jahr steht nach intensiven Vorbereitungen ein anderes Land oder Gebiet im Mittelpunkt des Betens und Zuhörens. Das jeweilige Land wird schon jahrelang jeweils festgelegt und die weltweit gemeinsame Liturgie in einem langen Prozess von Christ*innen im jeweiligen Land mit vorbereitet. Diesmal geht es um die Menschen in Palästina. Durch die Terrorattacke der Hamas und des IS in Israel am 7. und 8. Oktober 2023 sind viele Fragen neu aufgebrochen. Die folgende Pressemitteilung und Stellungnahme des Vorstandes des WGT vom 4.1.2024 spiegeln dies wider und Sie können weitere Anregungen zur eigenen Vorbereitung auch finden unter: <https://weltgebetstag.de/aktueller-wgt/palaestina/>



Knapp zwei Monate vor dem Weltgebetstag (WGT) am 1. März 2024 haben WGT-Vorstand und Komitee angesichts der dramatischen Ereignisse in Israel und Palästina seit dem 7. Oktober eine aktualisierte Version der Gottesdienstordnung erarbeitet, die in diesen Tagen verschickt wird. Sie hat eine Auflage von 550.000 und dient bundesweit als Grundlage für tausende von ökumenischen Gottesdiensten zum Weltgebetstag am 1. Freitag im März. Auch das Plakat, Postkarten und Einladungsflyer mit dem Motiv einer jungen palästinensischen Künstlerin wurden geändert, da der Vorwurf, sie sei Hamas-freundlich, nicht ausgeräumt werden konnte.

Mit der Aktualisierung des Materials zu Palästina trägt das Komitee des Weltgebetstages der Frauen einer zunehmend polarisierten Diskussion

zum Nahostkonflikt in Deutschland Rechnung. „Angesichts von Gewalt, Hass und Krieg in Israel und Palästina ist der Weltgebetstag mit seinem diesjährigen biblischen Motto aus dem Brief an die Gemeinde in Ephesus `...durch das Band des Friedens` so wichtig wie nie zuvor“, betont die evangelische Vorstandsvorsitzende des WGT, Brunhilde Raiser. „Der Terror der Hamas vom 7. Oktober jedoch und der Krieg in Gaza haben die Bereitschaft vieler Menschen in Deutschland weiter verringert, palästinensische Erfahrungen wahrzunehmen und gelten zu lassen. Die neuen Erläuterungen sollen jetzt dazu beitragen, die Worte der palästinensischen Christinnen trotz aller Spannungen hörbar zu machen.“

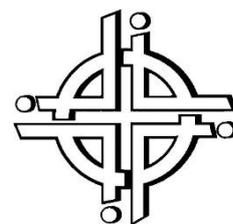
Bei den redaktionellen Änderungen ging es einerseits darum, die ursprünglichen Texte der palästinensischen Autorinnen inhaltlich nicht zu verändern, etwa die drei zentralen Erfahrungsberichte. Andererseits wurde der Spielraum der Internationalen Leitlinien des WGT von 2007 zur Kontextualisierung für Übersetzung und Gestaltung des Materials genutzt (Top 3b): „Im Rahmen

dessen, was die Übersetzung in verschiedene Sprachen und die Interpretation in verschiedene Kontexte erforderlich macht, bemühen sich WGT-Frauen um Treue gegenüber den Texten und bringen so die Stimmen der Frauen eines anderen Landes zu Gehör“, heißt es dort. Die Gottesdienstliturgie wird jeweils mit mehrjährigem Vorlauf verfasst. „Unsere neue Printfassung ist keine Zensur und kein unsachgemäßer Eingriff, sondern als Kontextualisierung für die spezielle deutsche Situation völlig im Einklang mit den internationalen Richtlinien,“ betont die katholische Vorstandsvorsitzende des WGT, Ulrike Göken-Huismann. Das palästinensische und das internationale WGT-Komitee seien über dieses Vorgehen informiert.

Aktualisierungen: So wurde etwa das vom nationalen deutschen Komitee verantwortete Vorwort der Gottesdienstordnung neu formuliert. Mit Blick auf „die unfassbaren und grausamen Terrorakte der Hamas vom 7. Oktober 2023“ und den Gaza-Krieg heißt es dort jetzt: „Wann, wenn nicht jetzt sollten christliche Frauen aller Konfessionen sich weltweit zu Gottesdienst und Gebet, zu Klage und Schweigen, zu inständigem Bitten um Frieden versammeln?“ Der vorher unkommentierte zentrale Psalm 85 wird neu eingeleitet mit dem allgemeinen Hinweis auf Psalmen: „Als alte jüdische Gebete sind sie Teil der Hebräischen Bibel, die zu den gemeinsamen Wurzeln von Judentum und Christentum gehört.“

Nach der Lesung aus dem Brief an die Gemeinde in Ephesus mit dem WGT-Motto „...durch das Band des Friedens“ finden sich jetzt einige „Gedanken“ zu Friedenschancen in Nahost. Die Fürbitten wurden durch eine Bitte für alle, die seit dem 7. Oktober in Israel und Palästina „in unvorstellbarem Ausmaß unter Terror, Not und Krieg und sexualisierter Gewalt leiden“ ergänzt, gefolgt von einer kurzen „Zeit des Schweigens“. Bei der ebenso wie das Vorwort vom deutschen WGT verantworteten Ansage zur Kollekte, wird die Zusammenarbeit von palästinensischen und israelischen Frauen hervorgehoben. Zum Beispiel bei der israelischen Frauenorganisation MachsomWatch (MW), die sich für einen menschenwürdigen Umgang an den Checkpoints der besetzten Gebiete einsetzt.

Ausblick: „Wir hoffen, dass viele Menschen bei uns durch diese aktualisierte Gottesdienstordnung die schwierige Situation unserer palästinensischen Geschwister besser verstehen, aber auch die Friedenssehnsucht in der gesamten Region“, sagt Ulrike Göken-Huismann. Am Weltgebetstag in Deutschland nehmen jedes Jahr rund 800.000 Menschen teil, die Kollekte, die als „Beitrag zum betenden Handeln“ gilt, beträgt im Schnitt rund 2,5 Millionen Euro. In Palästina und Israel unterstützt der deutsche WGT aktuell 12 Projekte, die Frauen und Kinder stärken, weltweit gibt es rund 150 Partnerorganisationen. Der 1927 gegründete Weltgebetstag ist die größte, weltweite ökumenische Frauenbewegung und feiert demnächst ihr hundertjähriges Bestehen.



„Ein Muslim kann kein Antisemit sein.“

Großmufti von Sarajevo: Bosnien setzt auf religiösen Dialog

Quelle: <https://www.kathpress.at/goto/meldung/2335536/grossmufti-von-sarajevo-bosnien-setzt-auf-religioesen-dialog>

Geistliches Oberhaupt der Muslime auf dem Balkan, Kavazovic: Terroranschlag auf Israel vom 7. Oktober führte zu gemeinsamer Erklärung mit der jüdischen Gemeinde: "Konflikt im Heiligen Land nicht religiöser, sondern politischer Natur" - "Ein Muslim kann kein Antisemit sein"

Wien, 04.01.2024 (KAP)

Der Terroranschlag auf Israel vom 7. Oktober und der aktuelle Nahost-Krieg haben die lange Tradition der interreligiösen Toleranz und Verständigung in Bosnien-Herzegowina nicht gestört oder gar beendet. Darauf hat der Großmufti von Sarajevo - einer Stadt mit muslimischer Mehrheit -, Husein Kavazovic, im Interview des "Standard" am Donnerstag hingewiesen. Bereits kurz nach dem Überfall der Hamas habe er in einer gemeinsamen Erklärung mit Jakob Finci, dem Präsidenten der jüdischen Gemeinde von Bosnien und Herzegowina, festgehalten, "dass der Konflikt im Heiligen Land nicht religiöser, sondern politischer Natur ist". Es gehe um Territorien. "Der Glaube wird zur politischen Mobilisierung auf lokaler und globaler Ebene missbraucht", gab Kavazovic die muslimisch-jüdische Haltung wieder.

Diese gemeinsame Botschaft sollte den Frieden und die guten Beziehungen zwischen Juden und Muslimen in der Welt und insbesondere in Bosnien und Herzegowina wahren. "Es liegt an uns, jedes menschliche Leben gleichermaßen wertzuschätzen und nach einer gerechten Lösung und dauerhaftem Frieden zu streben", betonte das geistliche Oberhaupt der Islamischen Glaubensgemeinschaft auf dem Balkan. Der Islam betrachte Juden und Christen als "Anhänger des Buches", sagte Kavazovic und folgerte: "Ein Muslim kann kein Antisemit sein." Die meisten Boten Gottes, an die Muslime glauben, seien "Nachkommen Israels"

gewesen, und die Araber - einschließlich Mohammed - ein semitisches Volk.

Abgesehen vom aktuellen Streit in Israel und Palästina hätten Muslime und Juden eine "bedeutende gemeinsame Geschichte, in der es weitaus mehr Koexistenz und Zusammenarbeit als Konflikt und Hass gibt", erklärte der seit 2012 amtierende, 59-jährige Großmufti. "Dieser Geist muss wiederbelebt werden."

Vorbildlich in dieser Hinsicht sei Bosnien-Herzegowina, wo laut Kavazovic "schon immer ein beneidenswertes Niveau des gemeinsamen Lebens von Angehörigen verschiedener Religionen" geherrscht habe, auch zu Zeiten, in denen es anderswo wenig Toleranz gegeben habe. "Bosnien beruhte nie auf Einheitlichkeit", erinnerte der Großmufti. Christen verschiedener Konfessionen hätten als "unsere Nachbarn auf dem Balkan" mit ihren Kirchen und Klöstern die fünfhundertjährige osmanische Herrschaft überlebt. "Die orthodoxe Kirche und die jüdische Synagoge wurden in der osmanischen Zeit hundert Meter von der zentralen Gazi-Husrev-Bey-Moschee entfernt erbaut", wies Kavazovic hin.

Koran nicht "selektiv lesen"

Es gebe nichts im Koran, was ein Hindernis für das Zusammenleben mit Angehörigen anderer Religionen darstellen könnte. Probleme entstünden durch die "selektive Lektüre des Heiligen Textes und sein reduktionistisches Verständnis, oft außerhalb des Kontexts", beklagte Kavazovic. "Wir haben das heute auf allen Seiten, und es muss bekämpft werden."

Auf den Hinweis, dass sich auch in Bosnien und Herzegowina viele Muslime mit den Palästinensern solidarisieren, sagte Kavazovic: "Muslime sollten und können nur auf der Seite des Opfers stehen, unabhängig davon, welcher Religion es angehört. Für uns ist jedes Leben gleich heilig." Mit dem Leid des palästinensischen Volkes solidarisierten sich nicht nur Muslime, für die der gemeinsame Glaube gleichwohl ein zusätzlicher Faktor sei. "Aber wir sehen, dass auch Christen in Gaza leiden und dass einige der ältesten Kirchen der Welt zerstört wurden." Von Stimmen, die "einen sogenannten Zusammenprall der Zivilisationen konstruieren" wollten, distanzierte sich der Großmufti: "Solche Menschen tun niemandem einen Gefallen."

Interreligiöser Dialog

Lokale Räte der Religionen schaffen Raum für Diskurs

Quelle: <https://www.weltethos.org/religion-und-kulturen/raete-der-religionen/>

Wo können Menschen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften miteinander in den interreligiösen Dialog treten und die Sichtbarkeit religiöser Themen befördern? Am besten dort, wo sie schon aktiv sind: in den Kommunen und Städten. Um den Austausch zwischen Religion und Politik zu fördern, initiierte die Stiftung Weltethos gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg 2017 das bundesweit einmalige Projekt „Lokale Räte der Religionen“.

Religiöse Vielfalt ist in unseren Städten und Gemeinden eine Realität. Sie bereichert unsere Gesellschaft und birgt gleichzeitig ein gewisses Konfliktpotenzial. Doch gerade dort, wo Menschen zusammenkommen, um gemeinsam etwas zu tun, können interreligiöse Beziehungen ein machtvolles Mittel sein, um Solidarität auszudrücken und aufzubauen. Und sie können langfristig das Klima innerhalb einer Gesellschaft positiv beeinflussen.

Mit dem Projekt „Räte der Religionen“ unterstützt die Stiftung Weltethos gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg Kommunen dabei, angemessen auf die zunehmende religiöse Vielfalt und die damit verbundenen Fragen zu reagieren.

Die lokalen Räte der Religionen bringen Kommunalverwaltungen und Religions- und Glaubensgemeinschaften miteinander ins Gespräch und etablieren den Kontakt nachhaltig. Dadurch machen sie religiöse Akteur*innen als Ressource in der Stadtgesellschaft sichtbar und fördern politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aktuell ist die Stiftung mit 20 Kommunen in Baden-Württemberg im Austausch, 13 Kommunen sind Teil des Projekts.

Gesprächsforum zu den Auswirkungen des Israel-Palästina-Konflikts im Stuttgarter Rathaus

Quelle: <https://ratderreligionenstuttgart.wordpress.com/> 15. Dezember 2023

Die städtische Abteilung Integrationspolitik, Mitglieder des Stuttgarter Rates der Religionen und die an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart angesiedelte Islamberatung haben am 12. Dezember 2023 gemeinsam zu einem Austausch über die Auswirkungen des Nahostkonflikts in Stuttgart eingeladen. Am Gespräch im Rathaus nahmen etwa 25 Personen teil, die von diesem Konflikt direkt oder indirekt betroffen sind.

Unter dem Motto „In Krisenzeiten mit- und füreinander in Stuttgart“ schilderten Susanne Jakobowski von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg und Deniz Kiral von der Alevitischen Gemeinde Stuttgart, welche Auswirkungen sie selbst und ihre Gemeindemitglieder erleben. Der Islamberater Hussein Hamdan ging auf die Reaktionen in den muslimischen Gemeinden ein. Susanne Jakobowski bemerkte, dass Gewalt während Kundgebungen und Aufrufe zur Vernichtung Israels dazu führen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht mehr sicher sein können. „Die Gesellschaft ist dazu aufgerufen, sich schützend vor angegriffene Minderheiten zu stellen“, so Jakobowski.

Deniz Kiral betonte: „Die Hamas wollte mit ihrem grausamen Terrorakt vom 7. Oktober die verschiedenen Religionsgemeinschaften in ‚die und wir‘ spalten. Ich merke durch die Reden von namhaften Politiker*innen und großen Medienhäusern, dass dieses Ziel leider erreicht worden ist. Wir als Stuttgarter Stadtgesellschaft sollten darauf achten, dass dieser grausame Akt uns nicht trennt, sondern uns in unserem Schmerz und unserer Anteilnahme verbindet, um gemeinsam Rassismus und Antisemitismus abzubauen.“

Hussein Hamdan erklärte: „Der Antisemitismus in Deutschland hat verschiedene Facetten, die es zu begreifen und zu bekämpfen gilt. Das darf aber nicht für Muslimfeindschaft instrumentalisiert werden, die in unserer Gesellschaft weit verbreitet ist und von den Muslim*innen beklagt wird. Gerade in solchen schwierigen Zeiten brauchen wir einen ehrlichen Dialog auf verschiedenen Ebenen.“

Weitere ausgewählte Gesprächsteilnehmende waren der palästinensische Mitarbeiter aus dem Projekt „Schalom und Salam“, Mitglieder der jüdischen Studierendenunion, zwei Lehrerinnen sowie weitere ausgewählte Personen, die sich gegen Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit sowie für ein friedliches Zusammenleben in Stuttgart engagieren.

Im Unterschied zu den vorausgegangenen öffentlichen Solidaritätsveranstaltungen ging es bei diesem Gespräch darum, ein besseres Verständnis für die Betroffenheit und dem Schmerz auf beiden Seiten zu bekommen und über diese Empathie hinaus Solidarität mit allen Betroffenen zum Ausdruck zu bringen.

„Unabhängig von Herkunft setzen wir uns gemeinsam gegen Antisemitismus und gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in unserer Stadt ein“, betonte der Integrationsbeauftragte Gari Pavkovic, der das Gespräch moderierte.

Das Mit- und Füreinander in Krisenzeiten muss immer wieder persönlich erfahren werden. Geplant sind deshalb weitere Veranstaltungen und Aktionen.

Im Rahmen der Stuttgarter Partnerschaft für Demokratie wird insbesondere die politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen ausgebaut werden.

Kontakt:

Gari Pavkovic, Integrationsbeauftragter der Stadt Stuttgart

gari.pavkovic@stuttgart.de, Mobil 01520 9371241

Susanne Jakobowski, Sprecherin des Stuttgarter Rates der Religionen sue.jk501@online.de

„Der Beitrag des Islam zu einem Weltethos“

Quelle: <https://www.weltethos.org/bildung-und-gesellschaft/weltethos-reden/>

5. Weltethos-Rede 2005

Shirin Ebadi, Friedensnobelpreisträgerin, erste iranische Richterin und Menschenrechtsaktivistin. Sie erhielt 2003 als erste muslimische Frau den Friedensnobelpreis und lebt seit Ende 2009 im Exil in Großbritannien.

Verehrte(r) Präsident(en), sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass ich heute unter Ihnen sein kann. Die Teilnahme an dieser Veranstaltung ist eine Ehre für mich. Ich danke allen Verantwortlichen der Stiftung Weltethos und der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und all denjenigen, die für das Zustandekommen dieser Zusammenkunft sehr viel Mühe und Anstrengung auf sich genommen haben.

Verehrte Freundinnen und Freunde!

Wir alle sind der Überzeugung, dass auf dieser Erdkugel, die für uns alle da ist, unterschiedliche Menschen leben, auch die Kulturen sind verschieden. Die Menschen leben auf unterschiedliche Art und Weise, auch die Kulturen unterscheiden sich voneinander. Die Menschen sprechen verschiedene Sprachen, auch die Religionen leiten die Menschen auf unterschiedliche Art und Weise. Die Menschen werden mit unterschiedlicher Hautfarbe geboren und verschiedene Traditionen geben ihrem Leben auch seine „Farbe“. Die Menschen kleiden sich unterschiedlich und verschiedene Leitmotive helfen ihnen, sich den jeweiligen Umweltbedingungen anzupassen. Die Menschen drücken ihre Ansichten und Überzeugungen auf unterschiedliche Art und Weise aus; ihre Musik, ihre Kunst und ihre Literatur haben unterschiedliche Stilrichtungen. Trotz all dieser Unterschiede haben die Menschen eine grundsätzliche Gemeinsamkeit. Sie sind alle Menschen; niemand mehr als ein Mensch und niemand weniger als ein Mensch. Unterschiedliche Kulturen haben auch grundsätzliche Gemeinsamkeiten. Die Menschen haben überall auf der Welt, ob im Osten oder im Westen, jeder Hautfarbe und Rasse, jeder Religion und Überzeugung, gemeinsame und gleiche Bedürfnisse.

Ein Beweis für diese Behauptung ist die erstaunliche Ähnlichkeit der Mythen unterschiedlicher Nationen. Diese sind in der Tat Grundlage für verschiedene Kulturen, welche sich später auf deren Basis formiert haben. Darüber hinaus haben die Wurzeln vieler Wörter nach Angaben der Philologen eine derartige Ähnlichkeit miteinander, als ob eine einzelne Person bzw. ein einzelnes Volk diese geschaffen hätte.

Wenn also in den Menschen solche gemeinsamen und gleichen Wurzeln für das Leben auf dieser Erdkugel existieren, warum sollen wir daran zweifeln, dass es auch universelle Regeln und Werte gibt, welche für die gesamte Menschheit Geltung haben?

Unterschiedliche Kulturen können sich unter Wahrung ihrer Besonderheiten auf die Suche nach Gemeinsamkeiten begeben, die gemeinsamen Bedürfnisse feststellen, dafür die gleichen Regeln aufstellen und diese auch einhalten, und zwar alle.

Der Respekt vor dem Leben, der Würde und dem Eigentum des Menschen ist in jeder Kultur und jeder Religion gutgeheißen worden. Terror, Gewalttätigkeit und Erniedrigung des Menschen sind hingegen in jeder Gesellschaft und Ordnung verwerflich.

Vor ca. 60 Jahren, das heißt, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sind Juristen und Gelehrte aus verschiedenen Nationen und Kulturen zusammen-gekommen und haben versucht, die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschen festzustellen und sie aufzulisten. Auf dieser Grundlage ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verfasst worden, die ihrerseits von einem Weltethos gestützt wird. Da das Ethos die Grundlage der Gesetze ist, kann kein Staat mehr unter Berufung auf die inneren Angelegenheiten und Gesetze die Menschenrechte verletzen.

Diejenigen, die unter Berufung auf die kulturellen Unterschiede und die Werterelativität sich weigern, die Menschenrechte einzuhalten, sind in Wirklichkeit rückständige Unterdrücker, die ihr diktatorisches Wesen unter der Maske der Kultur verdecken und im Namen der nationalen oder religiösen Kultur die Absicht hegen, ihre eigene Nation zu unterdrücken und zu terrorisieren.

Die Welt wird nur dann zu Ruhe kommen und der Frieden wird nur dann dauerhaft sein, wenn die Menschenrechte umfassend und universell sind.

Es ist jedoch erforderlich, in Bezug auf das Weltethos auf einige Punkte hinzuweisen.

Zunächst muss erwähnt werden, dass in der Rechtswissenschaft kein Gesetz ewig gültig ist. Das Gesetz ist für die Gesellschaft wie die Kleidung für den Menschen. Zweifellos ist die Kleidung, die ein Mensch mit zehn Jahren anhatte, nicht mehr passend, wenn er zwanzig Jahre alt ist und er kann die Kleidung nicht mehr tragen. Mit zwanzig muss er eine andere Kleidung tragen. Beim Gesetz und noch wichtiger bei der Ethik ist es genauso. Beispielsweise war im 16. Jahrhundert die Sklaverei eine übliche und weit verbreitete Angelegenheit. Das Schlagen eines Sklaven wurde nicht als eine gegen die Ethik

verstoßende Vorgehensweise angesehen. Und das war selbstverständlich auch nicht gegen das Gesetz. Können wir heute, im 21. Jahrhundert, auch sagen, die Sklaverei sei statthaft und rechtmäßig? Mit Sicherheit nicht.

Ein anderes Beispiel. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen den Frauen viele zivile und politische Rechte nicht zu, und viele Menschen haben dies für richtig befunden. Die Frauen haben dann durch ihre Anstrengungen und durch ihren feministischen Kampf einen Teil ihrer Rechte erringen können.

Demnach sind die Ethik und demzufolge das Gesetz nicht statisch. Sie sind dynamisch und entwicklungs-fähig. Wenn also im Jahre 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als ideale Rechte für den Menschen deklariert wurde, kann man heute sagen, dass auf Grund der Probleme auf dem Sektor des Umweltschutzes und des zunehmenden Abstands zwischen den reichen und armen Ländern sowie auf Grund vieler anderer Probleme der Inhalt dieser Erklärung das Minimum an Rechten darstellt, die ein Mensch haben muss. Eine Überprüfung der Erklärung, in der Absicht sie zu erweitern, wird als notwendig empfunden.

Der zweite Punkt ist, dass die kulturelle und Werte-relativität nicht zum Anlass genommen werden darf, die Menschenrechte zu verletzen. Man kann nicht unter Berufung auf die Religion die Einhaltung der Menschenrechte ablehnen. Denn, wie ich bereits ausgeführt habe, gibt es keine Religion, die der Unterdrückung, dem Krieg, der Diskriminierung, der Ermordung unschuldiger Menschen, dem Raub nationalen Eigentums etc. zustimmt.

Leider nehmen die nicht demokratischen islamischen Staaten dies zum Anlass und meinen, da die Menschen in ihren Ländern Muslime seien, müsse der Staat die Gesetze des islamischen Rechts durchsetzen und anwenden. Die Einhaltung der Menschenrechte sei nur so weit möglich, wie sie mit dem islamischen Recht vereinbar seien. In den Fällen, in denen ein Widerspruch vorhanden sei, wie beispielsweise bei den Frauenrechten und bei der Demokratie, könne und dürfe ein islamischer Staat die Menschenrechte nicht einhalten. Diese Staaten erkennen nur ihre eigene Interpretation und Auslegung des islamischen Rechts an. Die Auslegung anderer Muslime wird von ihnen nicht anerkannt und gänzlich abgelehnt. Jeder, der deren Interpretation und Auslegung der Religion nicht teilt, ist in ihren Augen ein Apostat und hat sein Leben verwirkt. Oder er wird mit einer starken Zensur belegt und es wird ihm nicht gestattet, seine Gedanken zu verbreiten.

Im Jahre 1980 wurde in Kairo die Islamische Erklärung der Menschenrechte auf der Außenministerkonferenz der islamischen Staaten in Kairo beschlossen. Wenn wir diese Erklärung als eine Wegweisung unter den Muslimen verstehen, die international gültigen Menschenrechte einzuhalten, gibt es kein Problem. Es wäre aber falsch, diese Erklärung als Gegenstück zur Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte zu sehen. Denn wenn die Muslime sich aus dem Geltungsbereich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit der Begründung herausbegeben, weil sie Muslime seien, und nur auf der Grundlage ihrer Religion (und das nach der Auslegung der islamischen Staaten) ihre eigenen Regeln aufstellten, dann müssten sie dieses Recht selbstverständlich auch anderen Religionen zugestehen und einräumen. In einem solchen Fall würden wir unter Umständen genauso viele Menschenrechtserklärungen haben, wie es Religionen auf der Welt gibt, nämlich etwa 5.000. Dies käme der Vernichtung der Menschenrechte gleich. Hierbei würden die islamischen Länder größere Nachteile erleiden, da sie auf der internationalen Ebene nicht stark sind.

Die Wahrheit ist, dass man durch eine richtige und dynamische Auslegung des Islam sowohl Muslim sein als auch die Menschenrechte respektieren und einhalten kann. Das als wichtig zu bezeichnende Problem ist jedoch folgendes. Die nicht demokratischen islamischen Staaten sind aus verschiedenen Gründen nicht gewillt, dass eine mit der Demokratie und den Menschenrechten vereinbare Auslegung des Islam vorgenommen und vorgestellt wird. Eine solche Auslegung würde die diktatorische Herrschaft in ihren Grundfesten erschüttern und ins Wanken bringen. Bislang hat sich nämlich kein Diktator auf der Welt freiwillig und ohne Druck der Menschenmassen bereit gefunden, seine eigenen Befugnisse einzuschränken.

Die nichtdemokratischen islamischen Staaten verstecken sich hinter dem Schild des Islam und rechtfertigen unter Missbrauch des Namens des Islam ihre Unterdrückung. Freilich ist der Missbrauch der Religion und generell der Missbrauch der Weltanschauung nicht nur auf Muslime beschränkt. Das Mittelalter war der Gipfel der Unterdrückung seitens der Kirche.

Die Kirche beansprucht für sich auch die Anwendung und Umsetzung der christlichen Grundsätze und Gebote. Und wie könnte man die schrecklichen Internierungslager in Sibirien während der Herrschaft Stalins oder das Blutbad unter den Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking vergessen. Man erhob dort ebenfalls den Anspruch, die sozialistischen Grundsätze anzuwenden und umzusetzen.

Man muss auf den Schild der Religion und allgemein auf den Schild der Ideologie, hinter dem sich die Staaten verstecken, das Licht des Wissens werfen, damit alle die Wahrheit erfahren; damit alle wissen, dass die Religion missbraucht wird. Die Gründung einer »Einheitsfront« von Muslimen, die aus verschiedenen Nationen stammen und unter Wahrung der heiligen Werte des Islam gegen totalitäre Staaten kämpfen, ist die frohe Botschaft für die Befreiung der Muslime. Diese »Einheitsfront« hat keinen Namen, keinen Führer, keine Zentrale und auch keine Niederlassungen. Ihr Platz ist im Bewusstsein und im Geiste jedes denkenden Muslims, der bei Wahrung der Religion seiner Vorfahren und

Ahnen der Demokratie Respekt zollt, nicht nach einem unrechten Wort handeln will und Gewalt und Unterdrückung nicht duldet.

Ein weiterer Punkt, der beachtet werden muss, ist die Art und Weise der Anpassung des Weltethos an die nationale Ethik. Angenommen, es würde endlich etwas geschehen und sämtliche Gesetze und Bestimmungen würden auf der Grundlage der Menschenrechte verfasst werden. In vielen Gesellschaften könnte sich zeigen, dass die Menschen nicht imstande wären, sofort diese kulturelle Veränderung zu akzeptieren. Sie würden sich vielleicht sogar dagegen aufbäumen. In Afghanistan war es beispielsweise so, dass während der Herrschaft der Taliban für die Frauen das Tragen von Burkas eine unbedingte Pflicht war. Zudem haben die Taliban den Mädchen nicht erlaubt, die Schule zu besuchen. Nach dem Ende der Talibanherrschaft und nachdem schon einige Jahre danach vergangen sind, erlauben viele afghanische Männer ihren Töchtern leider noch immer nicht, die Schule zu besuchen, und zwingen sie, Burkas zu tragen.

Man darf nicht vergessen, dass kulturelle Veränderungen und Veränderungen der Ethik der Zeit bedürfen. Wichtig ist die Notwendigkeit kultureller Veränderungen und das Streben nach dem Weltethos, das heißt nach den Grundsätzen der Menschenrechte. Ich führe hier ein Beispiel an. Ein Kind lernt in der Schule in den ersten Jahren die vier Grundrechenarten. Allmählich löst es einfache mathematische Aufgaben. In den letzten Jahren auf dem Gymnasium kann dann der Schüler schwere und komplizierte Aufgaben lösen. Alle Fächer, welche bei diesem Unterricht gelehrt werden, heißen Mathematik. Aber zwischen der Addition zweier Zahlen und der Lösung schwieriger mathematischer Gleichungen gibt es einen großen Unterschied.

Bei der kulturellen Entwicklung in einer Gesellschaft ist es genauso. Man kann die Gesetze Schwedens für Frauen nicht über Nacht in Saudi-Arabien anwenden oder auf demokratischen Grundsätzen basierende Gesetze über Nacht in allen afrikanischen Ländern.

Wichtig ist die Entwicklung der Gesellschaft in Richtung einer höheren Kultur, und in diesem Zusammenhang spielen Gesetze eine wichtige Rolle. Eine der Aufgaben des Gesetzes ist nämlich seine leitende Rolle. Das Gesetz muss eine Stufe

über der Kultur stehen, damit es sie entwickeln und heben kann. Was das Beispiel Afghanistan anbelangt, da müsste man die Menschen lehren, dass die Ausbildung für alle notwendig ist. Für Familien, deren Töchter die Schule besuchen, müsste man Vorteile wie beispielsweise die Vergabe von günstigen Krediten oder Bevorzugung bei staatlichen Anstellungen vorsehen. Nach einer gewissen Zeit müsste dann das Unterbinden des Schulbesuchs von Kindern und der Ausbildung von Frauen für eine gesetzwidrige Handlung erklärt werden. Für Väter, welche ihrer Tochter den Schulbesuch verbieten, müsste dann eine Strafe bestimmt werden. Das heißt, man muss langsam, Stufe für Stufe vorgehen.

Ein weiterer Punkt, auf den bei der Entwicklung und Hebung der Kultur hingewiesen werden muss, ist, dass dies nicht zu lange dauern darf. Das heißt, man muss so schnell wie möglich die internationalen Standards anstreben. Das allzu langsame Voranschreiten in Richtung internationale Standards darf nicht zu einem Mittel in der Hand nicht-demokratischer Staaten werden, um für sich auf diese Art und Weise mehr Zeit herauszuholen.

Zum Schluss möchte ich anführen, dass man sich nicht missbräuchlich auf die Demokratie und Menschenrechte berufen darf. Man darf nicht die Demokratie zum Vorwand nehmen und ein Land angreifen. Die Menschenrechte kann man den Menschen gewiss nicht durch Bomben bringen. Es darf auch nicht sein, dass man den Kampf gegen eine Diktatur zum Vorwand nimmt, um die Ressourcen einer Nation zu rauben. Demokratie und Menschenrechte können nur mit dem und durch den Willen der Menschen verwirklicht werden, nicht dagegen.

Die Zivilgesellschaft und freiheitsliebende Menschen müssen den Kampf gegen die Diktatur aufnehmen und ihr Schicksal in die Hand nehmen. Nur auf diese Art und Weise kommt eine Gesellschaft zur Ruhe und kann einen dauerhaften Frieden erreichen.

Ich wünsche dem deutschen Volk und allen Menschen auf der Welt einen dauerhaften Frieden.

Für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld danke ich Ihnen sehr und bin bereit, jetzt in den Dialog mit Professor Küng einzutreten.



Gemeinsame Erklärung zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

Vor dem Hintergrund aktueller flüchtlingspolitischer Debatten und der jüngsten Einigung bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) haben der Sonderbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlingsfragen, Erzbischof Dr. Stefan Heße, und der EKD-Beauftragte für Flüchtlingsfragen, Bischof Dr. Christian Stäblein, heute (20.12.2023) gemeinsam erklärt:

„An Weihnachten werden wir jedes Jahr erneut daran erinnert: Gott will uns in einem schutzbedürftigen und verletzbaren Kind begegnen. Er kommt als Flüchtlingskind zur Welt. Weihnachten zu feiern und den Flüchtlingsschutz zu schwächen – das passt nicht zusammen. Daher schauen wir als Kirchen mit großer Sorge auf die flüchtlingspolitischen Debatten und die geplanten Verschärfungen in Deutschland und Europa. Gemeinsam treten wir für einen starken Flüchtlingsschutz ein, dessen Maßstab die Menschenrechte und die Menschenwürde sind.“

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht. Viele riskieren dabei ihr Leben, um Verfolgung zu entgehen und auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen für sich und ihre Familien. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe: in Seenot, in Flüchtlingslagern, bei der Integration in unserer Nachbarschaft.

Um die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems wurde lange gerungen. Gemeinsame europäische Antworten sind notwendig. Aber: Das Vorhaben, unschuldige Menschen – auch Familien mit kleinen Kindern – in haftähnlichen Lagern an den EU-Außengrenzen zu internieren, ist verantwortungslos. Statt auf Abschreckung und Abschiebung zu setzen, statt Menschen der Perspektivlosigkeit und Not auszuliefern, müssen wir in der Europäischen Union endlich einen gemeinsamen Raum des Schutzes und der Solidarität schaffen. Der Umgang mit Geflüchteten ist eine Frage der Würde, auch unserer eigenen. In einer Welt, in der mehr als 110 Millionen Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, kann unsere Antwort nicht Abweisung lauten.

Ebenso kritisch sehen wir daher die Versuche, den Flüchtlingsschutz in sogenannte sichere Drittstaaten außerhalb der EU auslagern zu wollen. Jede Person, die in einem EU-Land Schutz erbittet, hat Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren. Gerade für Politikerinnen und Politiker, die sich am christlichen Menschenbild orientieren und die sich den Begriff der Humanität auf die Fahnen schreiben, sollte das Eintreten für den Flüchtlingsschutz ein Herzensanliegen sein.

Der Platz von Christinnen und Christen ist an der Seite der Schutzsuchenden. Sich der Verantwortung zu entledigen ist für uns keine Option.“

Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis: Die Sicherung des Lebensunterhalts als Erteilungsvoraussetzung für einen Aufenthaltstitel

Der Paritätische Gesamtverband hat eine neue Online-Broschüre veröffentlicht:

Die Sicherung des Lebensunterhalts ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erteilung und Verlängerung der meisten Aufenthaltstitel in Deutschland. Gleich zu Beginn des Aufenthaltsgesetzes, in § 5, ist dies als „allgemeine Erteilungsvoraussetzung“ formuliert, die in der Regel für alle Aufenthaltstitel erfüllt sein muss. Im weiteren Wortlaut des Gesetzes finden sich jedoch zahlreiche Fälle, in denen von dieser Regelvoraussetzung abgesehen werden kann oder muss.



Für Beratungsstellen und Betroffene sind die Details der entsprechenden rechtlichen Regelung von sehr weitreichender Bedeutung und bedürfen einer intensiven Auseinandersetzung. Inflation, steigende Mieten, höhere Regelbedarfe und Freibeträge im Bürgergeld sowie gleichzeitig nicht im selben Maße steigende Gehälter, machen es Betroffenen aktuell immer schwerer, die

Voraussetzung der Lebensunterhaltssicherung zu erfüllen. Darüber hinaus wird die Konstruktion der ausländerrechtlichen Lebensunterhaltssicherung den individuellen Lebenswirklichkeiten mit befristeten Verträgen, Kindererziehungszeiten, Erkrankungen, Behinderung, Pflegebedürftigkeit oder Alter in vielen Fällen nicht gerecht.

Menschen, die – gleich aus welchen Gründen – vorübergehend keine oder keine ausreichende Erwerbsarbeit leisten können, müssen daher oft auch um ihren Aufenthaltstitel bangen. Nicht selten geht mit der wirtschaftlichen und sozialen Existenzangst auch eine ausländerrechtliche Existenzangst einher: Verliere ich nach dem Verlust meiner Arbeitsstelle auch meinen Aufenthaltstitel? Kann ich es mir leisten, ein Kind zu bekommen, wenn ich doch eigentlich Geld verdienen muss? Darf ich krank werden? Kann ich meine*n pflegebedürftige*n Partner*in pflegen, obwohl ich dann meine Stunden reduzieren muss?

Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir Unsicherheiten aus dem Weg räumen und Beratungskräften und Betroffenen einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen zur Lebensunterhaltssicherung im Aufenthaltsgesetz geben. In einem ersten Teil werden dafür die allgemeinen Regelungen sowie die Vorgaben zur Prüfung der Lebensunterhaltssicherung und der Berechnung dargestellt. Im zweiten Teil folgt eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Aufenthaltstiteln, für die Besonderheiten bei der Lebensunterhaltssicherung gelten. Am Ende der beiden Teile finden sich darüber hinaus jeweils Übersichtstabellen, in denen die wichtigsten Aspekte in Kürze dargestellt werden.

Zur Online-Broschüre: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/visum-aufenthaltserlaubnis-niederlassungserlaubnis-die-sicherung-des-lebensunterhalts-als-erteilungsvoraussetzung-fuer-einen-aufenthaltstitel/>

Tipps zum Schauen und Lesen

Film: Green Border: „Die EU wird sich entscheiden müssen“

Quelle: Von Jenny Mansch, 7. Dezember 2023 in [„Die EU wird sich entscheiden müssen“ \(verdi.de\)](#)

Innerhalb von nur vier Wochen wurde „Green Border“ in Polen zum meistgesehenen Kinofilm des Jahres 2023. Ein kleines Wunder, denn im Vorfeld hatte die PiS-Regierung den Spielfilm über die Situation an der belarussisch-polnischen Grenze wochenlang mit Hasskampagnen überzogen, um genau diesen Erfolg zu verhindern.

Die ersten Filmbilder zeigen einen Flug über die üppigen Wälder an der Grenze von Belarus zu Polen. Dann wird das Bild auf der Leinwand schwarz-weiß, wie eine düstere Vorahnung der Geschehnisse, die noch im Schatten liegen. Die polnische Filmregisseurin Agnieszka Holland leuchtet ihn aus und zeigt, was dort an der sumpfigen Außengrenze der Europäischen Union (EU) bis heute vor sich geht. Sie erzählt in Green Border die Geschichte einer Gruppe Geflüchteter in drei Kapiteln, aus drei Perspektiven: Die der Geflüchteten, der Aktivisten und der Grenzwächter.

Nächster Schnitt. Noch zuversichtlich sitzen eine syrische Familie mit zwei Kindern und eine Afghanin in einem Flugzeug der Turkish Airlines. Es ist Herbst 2021, und sie fliegen auf Anwerbung des Diktators Lukaschenko, der die EU destabilisieren will, nach Minsk, um von dort aus ins versprochene Paradies EU zu gelangen. Fast ihr ganzes Geld geht für die Flüge drauf, kurz vor der Grenze pressen belarussische Soldaten ihnen das letzte ab. Man scheucht sie in der Nacht durch den Stacheldrahtzaun nach Polen. Was dort passiert, trifft sie unerwartet. Es trägt den Namen „Pushbacks“, das systematische und brutale „Zurückdrücken“ der Migranten durch polnische Grenzwächter. Für die ahnungslosen Migranten beginnt ein

wahrer Alptraum, und die Öffentlichkeit bekommt diese politisch gewollte humanitäre Katastrophe zum ersten Mal hautnah durch diesen Film zu sehen.

Den Rechten in die Quere gekommen

Dass ein Film über Migranten nicht nur international erfolgreich ist – bei den Filmfestspielen in Venedig bekam „Green Border“ den Spezialpreis der Jury –, sondern vor allem in Polen selbst ein solcher Kassenerfolg wurde, erklärt sich Agnieszka Holland so: „Sie haben es einfach übertrieben mit der Propaganda. Die PiS-Regierung hat vor den Wahlen in diesem Jahr dasselbe versucht, womit sie bei den letzten Wahlen Erfolg hatten. Sie haben erneut Angst geschürt vor Zuwanderern und den Leuten eingehämmert, da käme aus dem Nahen Osten eine Invasion von Terroristen, Vergewaltigern, Pädophilen und Sodomisten. Damit wollten sie erneut die Wahlen gewinnen. Und dann kam mein Film raus. Das hat sie einerseits geärgert, weil ich ihrer Agenda in die Quere gekommen bin. Andererseits wollten sie ihn für ihre Propaganda benutzen. Dabei haben sie alle zugegeben, den Film überhaupt nicht gesehen zu haben.“

Aber auch das sollte für die PiS-Regierung nach hinten losgehen. Sie überzogen nicht nur den Film, sondern auch die Regisseurin mit einer massiven Hetzkampagne. Man nannte sie Verräterin, ein Nazi sei sie, eine Leni Riefenstahl, ja, ein Goebbels gar, und sie habe zudem die polnische Uniform beschmutzt. Sie verstiegen sich sogar zu dem Satz „Nur Schweine sitzen im Kino“, womit sich einst unter deutscher Besatzung die Polen im Untergrund vor den Nationalsozialisten in den Kinos warnten. Die Regierung packte das ganze propagandistische Besteck aus: Agnieszka Holland sei antisemitisch, offenbar gefalle ihr ihr Heimatland ja gar nicht, vielleicht möchte sie künftig lieber in einem anderen Land leben. So ging das wochenlang.

Dass am Ende so viele Polinnen und Polen ins Kino gingen, führt die Filmemacherin darauf zurück, dass selbst ihre Gegner neugierig geworden seien durch den irrsinnigen Hass auf ihre Person: „Die Angriffe kamen ja nicht nur von einem Regierungsvertreter. Sondern vom Präsidenten, vom Premierminister, und besonders vom Justizminister. Der hörte gar nicht mehr auf und attackierte mich täglich. Da haben die Leute gemerkt, dass sich eine ganze Regierung auf eine einzelne Person einschießt, und ich bin ja in Polen keine Unbekannte.“ Viele Kinobesucher*innen in Polen drehten sogar den Spieß der Propaganda um und kamen demonstrativ als Schweine verkleidet in die Vorführung.

Für mehr Menschlichkeit

Auch international ist Agnieszka Holland durch Filme wie Europa, Europa von 1989, Hitlerjunge Salomon von 1990 oder Die Spur von 2017 seit vielen Jahren eine feste Größe in der Welt der Filmschaffenden. Das positive Echo des polnischen Publikums auf Green Border gibt ihr Hoffnung: „Nach all den Jahren staatlicher Hetze gegen die Schwächsten und der Rhetorik der Entmenschlichung ist in vielen so etwas wie ein Vakuum der Werte entstanden“, hat sie festgestellt. Jetzt würde wieder nach gemeinsamen Werten gefragt und einfach nach mehr Menschlichkeit.

Eine der Aktivistinnen aus dem Film äußerte anlässlich einer Berliner Preview die Überzeugung, dass Green Border sogar zur Abwahl der rechten PiS-Regierung in diesem Jahr beigetragen habe. Holland sagt: „Sie haben mit ihrem Hass so viel Werbung für den Film gemacht, es war wie ein - Geschenk.“ Emotional und stark war die Reaktion des polnischen Publikums auf das, was der Film ihnen da über ihre eigenen Grenzwächter und die Politik der Pushbacks erzählt. Denn von der anfänglichen Zuversicht ist den Geflüchteten im Film nicht viel geblieben, als sie das erste Mal mit brutalster Gewalt über den Zaun nach Belarus buchstäblich zurückgeworfen werden.

„Ich habe mich im Vorfeld mit Dante beschäftigt und einen Teil des Films so konzipiert, als stiegen die Geflüchteten

immer einen Kreis tiefer in die Hölle“, sagt Holland. Tatsächlich verschlimmert sich mit jeder Filmminute die Situation an der Grenze zusehends und reißt alle Beteiligten mit in den moralischen Abgrund. Bis hin zu den Grenzwächtern. Ihre Situation wird am Beispiel von Jan erzählt, dem jungen Vater, der zunehmend an den Brutalitäten gegenüber kleinen Kindern zerbricht.

Oft folgt die Handkamera fast dokumentarisch den Fliehenden durch die nächtlichen nasskalten Wälder und tödlichen Sümpfe, auch für die Filmcrew eine extreme Belastung. Jalal Altawil, der Darsteller des syrischen Vaters, hat selbst einen harten Weg in die EU überlebt. Der syrische Schauspieler hatte an den Protesten von 2011 teilgenommen, war vom syrischen Regime gefoltert worden, arbeitete später in Flüchtlingslagern und erhielt 2015 Asyl in Frankreich. „Ich musste vermeiden“, erzählt Holland, „dass die Schauspieler mit Fluchterfahrung, aber auch die echten Geflüchteten, die an dem Film mitwirkten, durch die Dreharbeiten nicht retraumatisiert werden.“

Auch die Grenzwächter leiden unter dem Horror am Rande Europas. Die meisten saufen sich den Job erträglich, Und Agnieszka Holland hält auch damit nicht hinterm Berg: Wie sich in den Wächtern die faschistoide, frauenverachtende und gewalttätige Sprache des Staates festgesetzt hat, hat sie zuvor in Gesprächen mit Wächtern und Reportern recherchiert und im Film ungeschönt gespiegelt.

Tief berührt und beschämt

Green Border ist ein packender und aufrüttelnder Film, der die Zuschauerin und den Zuschauer tief berührt entlässt. Scham und Schande, aber auch der Wunsch nach Aktion gehen mit aus dem Kino, denn klar wird jedem: Das ist unsere Grenze. Was dort passiert, haben wir alle zu verantworten.

„Wissen Sie, im Kino“, sagt Agnieszka Holland, „liegt auch Hoffnung. Darauf, die Zuschauer wirklich zu erreichen und ihnen beim Fühlen zu helfen.“ Und Holland hat die Hoffnung, dass nach dem Regierungswechsel in Polen die Lage für die Geflüchteten, aber auch für die Aktivisten und ihre NGOs leichter wird, auch wenn die Zäune bleiben werden.

„Die EU wird sich entscheiden müssen, wie sie künftig mit der Zuwanderung umgeht“, sagt sie. „Die wird nicht verschwinden, auch wenn wir überall neue Mauern bauen. So wie es Finnland gerade plant, weil Putin die Geflüchteten nun über Moskau und Finnland in die EU lotst. Es gibt immer mehr Kriege, und die Geflüchteten werden kommen. Ich habe Angst, dass die EU ohne ein tragfähiges Konzept tatsächlich zur ‚Festung Europa‘ wird, wo am Ende auf jeden Migranten geschossen wird, der es über diese Mauern schafft.“

Film: Mein Herz tanzt

(Originaltitel: hebräisch ערבים רוקדים, arabisch العرب الراقصون, DMG *al-ʿArab ar-rāqiṣūn*, englisch *Dancing Arabs*) ist ein israelisch-französisch-deutsches Filmdrama von Regisseur Eran Riklis aus dem Jahr 2014. Der Film basiert auf dem Roman *Tanzende Araber* von Sayed Kashua aus dem Jahr 2002, den der Autor selbst als Grundlage für die Verfilmung übernahm, und beschreibt das schwierige Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern und die gegenseitigen Vorurteile.

Der Film spielt zwischen 1982 und 1992.

Eyad wächst bei seiner palästinensischen Familie im israelischen Tira auf. Sein Vater ist Pflücker und Teil einer anti-israelischen Aktivistengruppe; einst hatte er an der Universität von Jerusalem studiert, wurde aber nach einem Bombenanschlag ohne Prozess ins Gefängnis geworfen und musste sein Studium aufgeben. Schon in jungen Jahren fällt Eyad durch seine Leistungen auf und bewirbt sich nach der Grundschule bei einer israelischen Eliteschule in Jerusalem, wo er schließlich als erster Araber aufgenommen wird. Nach anfänglichen Problemen mit einigen israelischen Schülern und kulturellen Schwierigkeiten findet sich Eyad gut in die neue Umgebung ein. Im Rahmen eines Sozialprojekts lernt er den gleichaltrigen Yonatan kennen, der an multipler Sklerose erkrankt ist, und wird von ihm und seiner Mutter Edna wohlwollend aufgenommen. Gleichzeitig verliebt er sich in seine Mitschülerin Naomi, mit der er eine Beziehung beginnt. Im Wissen, dass ihre jeweiligen Eltern keine israelisch-palästinensische Verbindung tolerieren würden, halten sie sie geheim. Erst als Eyad sich im Unterricht anklagend gegen die Darstellung der Araber in israelischer Literatur ausspricht, legt Naomi der Klasse mit einem Kuss ihre Liebe offen.

Als jedoch Naomis Eltern von Eyad erfahren, verbieten sie ihrer Tochter den weiteren Schulbesuch. Eyad verlässt als Konsequenz selbst die Schule, was ihm zwar den Zorn seines

Vaters einbringt, aber Naomi den weiteren Schulbesuch ermöglicht. Unter Vermittlung seiner Mutter bezieht er eine kleine Wohnung in Jerusalem und nimmt einen Job als Tellerwäscher an, während er sich auf die Abschlussprüfungen vor-bereitet, die er – wie Yonatan, der aufgrund seines Gesundheitszustandes die Schule ebenfalls abgebrochen hat – extern ablegen möchte. Regelmäßig trifft er sich weiterhin mit Naomi.

Um einen Job als Kellner zu bekommen, gibt sich Eyad, dessen Passfoto dem von Yonatan ähnelt, mit Yonatan's Ausweis als Jude aus. Edna, für die Eyad wie ein zweiter Sohn geworden ist, erfährt davon, zeigt sich aber damit einverstanden. Nach der Versöhnung mit seinem Vater am Grab der inzwischen verstorbenen Großmutter legt Eyad die Abschlussprüfungen sowohl als er selbst wie auch als Yonatan ab, da dieser endgültig ans Bett gefesselt ist und auch die Sprechfähigkeit verloren hat. Naomi hat sich inzwischen für eine Stelle im Militär beworben und gibt schließlich dem Druck aus ihrem Umfeld nach, die Beziehung mit Eyad zu beenden.

Nach einem Zeitsprung von einem Jahr kehrt Eyad aus Berlin, wo er inzwischen studiert, zu Edna zurück, da Yonatan im Sterben liegt. Nach seinem Tod beschließen sie, den Identitätstausch zu vervollkommen, und lassen Yonatan als Eyad auf einem arabischen Friedhof bestatten.

Studie: Religionsmonitor Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt

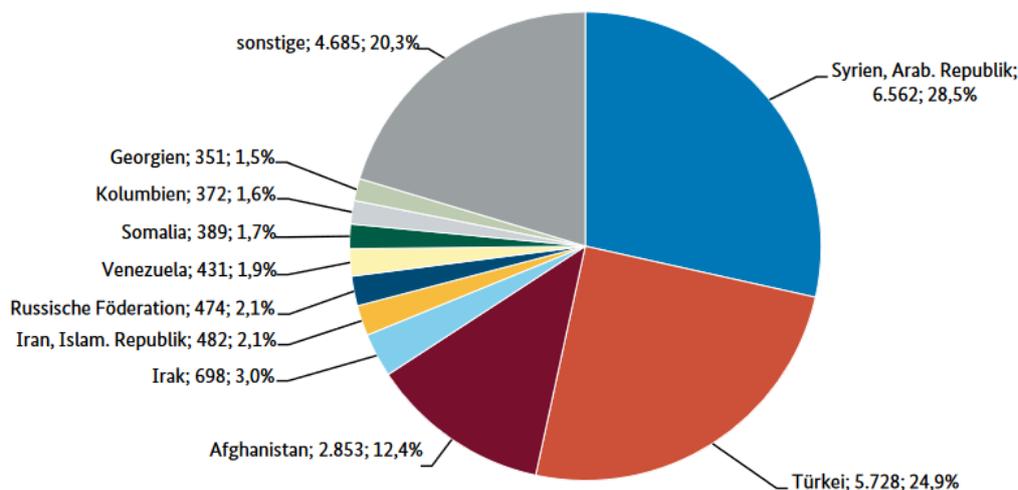
Im Dezember 2023 wurde der Religionsmonitor 2023 der Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht. Darin geht es um die antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen in Deutschland und anderen Ländern. Die Befragung kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass 52 Prozent der Bevölkerung den Islam als bedrohlich einstufen. 29 Prozent der Deutschen halten ihn hingegen für bereichernd. Auch antisemitische Einstellungen sind verbreitet: Auf Grundlage des Religionsmonitors stimmen 21 Prozent der deutschen Bevölkerung klassisch antisemitischen, 43 Prozent israelbezogenen antisemitischen Aussagen zu. Laut der repräsentativen Befragung schließen sich Muslim*innen in Deutschland häufiger solchen Aussagen an als die Gesamtbevölkerung.

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/antisemitismus-rassismus-und-gesellschaftlicher-zusammenhalt>

Aktuelle Zahlen zu Asylanträgen 2023

Hauptstaatsangehörigkeiten im Dezember 2023

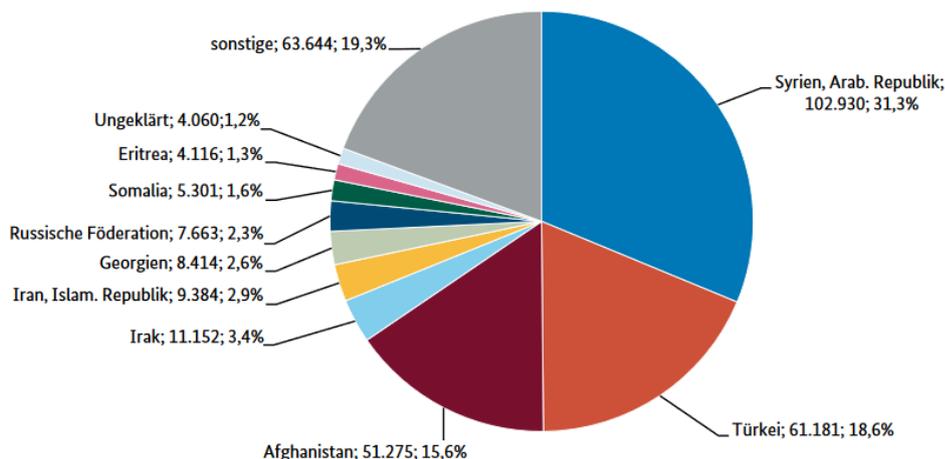
Gesamtzahl der Erstanträge: 23.025



Bei den Top-10-Staatsangehörigkeiten des Monats Dezember 2023 steht an erster Stelle Syrien mit einem Anteil von 28,5 % aller Erstanträge. Den zweiten Platz nimmt die Türkei mit einem Anteil von 24,9 % ein. Danach folgt Afghanistan mit 12,4 %. Fast zwei Drittel (65,8 % bzw. 15.143 Erstanträge) aller in diesem Monat gestellten Erstanträge entfallen damit auf diese drei Staatsangehörigkeiten.

Hauptstaatsangehörigkeiten im Berichtsjahr 2023

Gesamtzahl der Erstanträge: 329.120



Bei den Top-10-Staatsangehörigkeiten im Jahr 2023 steht an erster Stelle Syrien mit einem Anteil von 31,3 % aller Erstanträge. Den zweiten Platz nimmt die Türkei mit einem Anteil von 18,6 % ein. Danach folgt Afghanistan mit 15,6 %. Fast zwei Drittel (65,4 % bzw. 215.386 Erstanträge) aller in diesem Zeitraum gestellten Erstanträge entfallen damit auf diese drei Staatsangehörigkeiten.

Evangelisches Asylpfarramt Stuttgart

Asylpfarrer Joachim Schlecht
Sekretariat: Regine Koch-Bah
Flüchtlingsbegleiterin Thania Abdulrazzaq
Flüchtlingsbegleiterin Olena Hryhorieva

Christophstraße 35, 70180 Stuttgart
Sprechzeiten: Mo - Fr 09:00 - 12:00 Uhr
Tel: 0711 – 20 70 96 29, Fax: 20 70 96 28
Email: Pfarramt.Stuttgart.Asyl@elkw.de

Sprecherräte: AK Asyl Stuttgart

Vorsitzender:
Herr Joachim Schlecht, Tel. 0711 - 20 70 96 29
Evangelisches Asylpfarramt Stuttgart

Frau Magrit Bonja, Tel. 0151 64535 878
Stuttgart, Syrien

Herr Wolf-Dieter Dorn, Tel. 0711 - 85 08 87
Stuttgart, Freundeskreis Flüchtlinge Feuerbach

Herr Arash Hafezi, Tel. 0176 181 070 65
Stuttgart, Iran

Herr Norbert Latuske, Tel. 0711 69 89 10
Stuttgart, Freundeskreis Botnang

Herr Jamshid Hessami, Tel. 0176 86 44 38 82
Stuttgart, Iran

Frau Petra Heisig, Tel. 0171 4758073
Stuttgart

Herr Luigi Pantisano, Stuttgart, Die Linke
post@luigipantisano.de

Herr Bernhard Mellert, Tel. 0711 69 94 82 81
Stuttgart-West, Bündnis 90/ Grüne

Frau Gül Güzel, Tel. 0171 2121 449
Stuttgart

Herr Martin Richter, Tel. 0177 615 83 91
Freundeskreis Esslingen

Frau Barbara Mobley, Tel. 0711 – 428246
Stuttgart, Freundeskreis Wangen

Herr Stefan Weidner, Tel: 0711 - 615 567-0
Stuttgart, Rechtsanwalt

**Spendenkonto: Evang. Kirchenkreis Stuttgart IBAN DE14 6005 0101 0002 4741 77 BIC
SOLADEST600 Stichwort: Flüchtlingshilfe**

Beauftragte in der kirchlich-diakonischen Flüchtlingsarbeit Evangelischer Kirchenkreis Stuttgart - Kreisdiakoniestelle

Bernhard Kapitzki
Zuständigkeit für die Dekanate Zuffenhausen und
Bad Cannstatt
E-Mail: Wolfgang-Bernhard.Kapitzki@elkw.de
Mobil: 0162 41 25 434
Tel.: 0711 20 70 96 25

Heidi Rehse
Zuständigkeit für das Dekanat Stadtmitte
E-Mail: Heidi.Rehse@elkw.de
Mobil: 0177 153 58 20
Tel.: 0711 20 70 96 23

Daniela Dutschmann-Harrach
Zuständigkeit für das Dekanat Degerloch
Telefon: 0711 3273 62-412 oder 0160 6235 208 oder montags
0711/764046

Herausgeber:
Arbeitskreis Asyl Stuttgart
Christophstraße 35
70180 Stuttgart
E-Mail: Pfarramt.Stuttgart.Asyl@elkw.de

Redaktionelle Verantwortung: Joachim Schlecht
Textverarbeitung und Gestaltung: Joachim Schlecht,
Regine Koch-Bah
Druck und Versand: Regine Koch-Bah, Jamshid Hessami

Mit Unterstützung der



ArbeitskreisAsylStuttgart



Evang.Asylbuero.Stuttgart



www.ak-asyl-stuttgart.de